

Die Gleichheit

Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen

Mit den Beilagen: Für unsere Mütter und Hausfrauen und Für unsere Kinder

Die Gleichheit erscheint alle vierzehn Tage einmal.
Preis der Nummer 10 Pfennig, durch die Post vierteljährlich
ohne Bestellgeld 55 Pfennig; unter Kreuzband 85 Pfennig.
Jahres-Abonnement 2,60 Mark.

Stuttgart
24. Oktober 1910

Zuschriften an die Redaktion der Gleichheit
sind zu richten an Frau Klara Jettin (Zunber), Wilhelmshöhe,
Post Fegerloch bei Stuttgart. Die Expedition befindet sich
in Stuttgart, Furtbach-Straße 12.

Inhaltsverzeichnis.

Ausnahmegesetze und Sozialdemokratie. — Nieder mit dem Fleisch und Brotwucher! Von Luise Hieb. — Das Weib als Kulturträgerin. Von Gustav Schlein. (Schluß.) — Zwei Tagungen bürgerlicher Frauenrechtlerinnen. I. — Ende des Werftarbeiterstreiks. Von g. h. — Die Wiener Arbeiterinnen gegen die Teuerung. Von a. p. — Erfolgreicher Ausgang des Lohnkampfes in der Nürnberger Bleistiftindustrie. Von g. h. — Aus der Bewegung: Von der Agitation. — Von den Organisationen. — Eine Frauenkonferenz für die Provinz Schleswig-Holstein und das Fürstentum Lübeck. — Politische Rundschau. Von H. B. — Gewerkschaftliche Rundschau. — Aus der Textilarbeiterbewegung. Von h. j. — Arbeiterinnenkonferenz des Textilarbeiterverbandes Gau Südb. Von Sophie Dühring. — Genossenschaftliche Rundschau. Von H. F. — Notizen: Diensthofenfrage. — Sozialistische Frauenbewegung im Ausland. — Frauenbewegung. — Verschiedenes.

Ausnahmegesetze und Sozialdemokratie.

Ein scharfer Wind weht gegenwärtig gegen die Sozialdemokratie. Die Vorgänge in Moabit, das Herumsuchteln mit dem Polizeifäßel bei dem Streik in Köln-Deutz, bei den Versammlungen in Remscheid: das alles zeigt, daß sich der Regierungskreis eine ungewöhnliche Nervosität der Sozialdemokratie gegenüber bemächtigt hat. Man könnte beinahe annehmen, daß in diesem provokatorischen Benehmen der Polizei in der jüngsten Zeit System liegt, daß bestimmte Absichten von jener Seite gehegt, bestimmte Zwecke dabei verfolgt werden.

Es gehört aber wahrlich keine Prophetengabe dazu, um zu erraten, welcher Art diese Absichten und Zwecke sind. Die Presse der großindustriellen Scharfmacher verkündet in rührendem Gleichklang mit den unreaktionären Agrarierblättern in ihrer gewohnten brutalen Offenherzigkeit, wohin der Wind weht. Ein Blutvergießen als Vorwand für Ausnahmegesetze gegen die Sozialdemokratie, für Zuchthausgesetze gegen streikende Arbeiter! Das ist, wonach die vereinigten Reaktionäre aller Couleure lechzen und was sie von den provokatorischen Heldentaten des preussischen Polizeifäßels erwarten.

So schreibt die ehemals Stummische „Post“, anknüpfend an die Vorgänge in Moabit:

„Der Staat hat schon heute auf diesem Gebiet vollständig versagt. Wohin soll es kommen, wenn es auf dieser Bahn weiter geht?“

Und weiter:

„Hoffentlich hat unsere Regierung die Kraft, einem weiteren Herabfallen auf der schiefen Ebene entgegenzutreten. Es ist aber die höchste Zeit, daß dies bald geschieht. Die Verhezung ist bereits in die weitesten Kreise gedrungen. Man vergleiche nur die Artikel der sozialdemokratischen Blätter, man höre sich nur die Reden an, die in Volksversammlungen öffentlich gehalten werden. Wenn nicht bald der Wille des Volkes durch Strafgesetz der Gedanke wieder lebendig gemacht wird, daß Aufforderung zum Umsturz der Staatsordnung etwas Verbotenes ist, dann fürchten wir, wird eines Tages die Ordnungsliebe und Arbeitsamkeit der deutschen Arbeiter, die heute noch vorhanden ist, beseitigt werden von ihrem Machtbewußtsein und der Sucht, den Staat allein für ihre angeblichen Klasseninteressen auszunutzen.“

Genau in dieselbe Kerbe haut das Ortliche Organ der Brotwucherer, die „Deutsche Tageszeitung“. Die Hauptorganisation der Kapitalmagnaten aber im westlichen Industriegebiet, der scharfmacherische „Zentralverband deutscher Industrieller“, der bereits 1897 dem damaligen Staatssekretär des Innern Posadowsky einen Bäckfisch von 12000 Mark zur Vorbereitung der Zuchthausvorlage gegeben hatte, versendet jetzt an die Unternehmerverbände ein Rundschreiben, worin er um Material ersucht:

„über die bei Streiks oder Aussperrungen von den Arbeitern mit dem Streikpostenstehen verübten Mißbräuche und Ausschreitungen usw. Durch diese sind die Streikposten zu der gefährlichsten und wirkungsvollsten Waffe der Arbeiter in ihren Kämpfen gegen die Arbeitgeber ausgebildet worden.“

Deshalb gilt es, gestützt auf entsprechendes „Material“, eine Denkschrift an die Regierung auszuarbeiten, um von ihr eine neue Art Zuchthausvorlage gegen die streikenden Arbeiter zu fordern.

So sind die grimmigsten Feinde der aufstrebenden Arbeiterschaft jetzt an der Arbeit. Sie hehen die Regierung zum Gebrauch der nackten Gewalt auf, sie provozieren, sie schmieden Pläne, sie drohen, verleumden und klagen das Blaue vom Himmel herunter. Man fühlt sich förmlich in die Zeiten vom Ende der 70er Jahre versetzt, wo Bismarck aus Anlaß von zwei Attentaten hirnverbrannter Lumpen gegen den Kaiser die infame Heze wider die Sozialdemokratie inszenierte, um sein denkwürdiges Sozialistengesetz ins Leben zu rufen.

Der Gedanke an eine Erneuerung jener tiefsten Schmach des Bismarckschen Regiments erscheint im ersten Augenblick ebenso grotesk wie verbrecherisch. Und doch wäre es eine Torheit, wollte die klassenbewußte Arbeiterschaft die Drohungen und Hezereien ihrer grimmigsten Feinde auf die leichte Achsel nehmen. Bei dem heute in Preußen-Deutschland herrschenden politischen Kurs ist das Verkehrteste, Fretvollste und Plumpste gerade am allerwahrscheinlichsten. Deshalb ist es geboten, daß die Arbeiter die gesamte Situation einer sehr ernsten Prüfung unterziehen, um sich der Aufgaben und Pflichten in vollstem Maße bewußt zu werden, die sich für sie aus dieser Situation ergeben.

Vor allem gilt es, der gesamten arbeitenden Bevölkerung klar vor Augen zu führen, was für sie ein Ausnahmegesetz wider die Sozialdemokratie bedeuten würde. Das Bismarcksche Schandgesetz ist hierfür ein Denkmal unvergänglicher wie Erz und sprechender wie Flammenzeichen. Es ist und bleibt eine Tatsache, die mit blutigen Lettern in die Geschichte Deutschlands eingezeichnet steht, daß das Bismarcksche Knebelgesetz gegen die Sozialdemokratie dem Blut- und Eisenmenschen sowie dem ganzen herrschenden Klüngel nur eine Deckung war, um das deutsche Volk ungehindert und ungeniert der ärgsten Ausplünderung durch Schutzzölle, indirekte Steuern auf den notwendigsten Lebensbedarf und gewaltige Ausgaben für Militärzwecke preiszugeben. In den zwölf Jahren der Dauer der Sozialistenheze war jede Verlängerung und Verschärfung des Ausnahmegesetzes gegen die Sozialdemokratie verbunden mit einer neuen Erhöhung der Zölle, mit einer neuen Steigerung der Steuern auf Nahrungs- und die bescheidenen Genussmittel

des kleinen Mannes, mit einer neuen Vergrößerung der Ausgaben zu Nutz und Frommen des Moloch Militarismus. Die Spuren schrecken! sagten die Römer. Das deutsche Volk ist durch die zwölfjährige Schmach des Bismarckschen Sozialistengesetzes gewarnt. Es muß wissen, daß jede Ausnahmegefügung gegen die Sozialdemokratie doppelte und dreifache Peitschen der wirtschaftlichen Ausplünderung und militaristischen Knechtung auf die gesamte arbeitende Klasse niedersaufen läßt.

Aber freilich: die heutige Sozialdemokratie ist andererseits eine ganz andere Macht im Staate als Anno 1878! Damals hatten wir nahezu eine halbe Million sozialdemokratische Wähler rekrutiert und etwa 50000 gewerkschaftlich organisierte Arbeiter. Heute zählen wir 3 1/2 Millionen Wähler oder, wenn man die Anzeichen aller jüngsten Erschwären richtig deutet, wohl mindestens 4 Millionen, und die festgefühten freien Gewerkschaften umschließen eine stolze Armee von 2 Millionen Organisierten! Was das im Ganzen des öffentlichen Lebens heutzutage bedeutet, begreift man nur, wenn man bedenkt, wie viele weitere Anhänger der Sozialdemokratie noch hinter diesen Zahlen stehen. Zieht man in Betracht die starke Schicht der Proletarier zwischen dem 20. und 25. Lebensjahr, die von dem heutigen Staate als „politisch unreif“ vom Wahlrecht ausgeschlossen sind, unter denen aber die Befreiungs- und Kampfbotschaft der Sozialdemokratie ihre feurigsten und zahlreichsten Bekenner hat; erinnert man sich ferner der gewaltigen Scharen der arbeitenden und ausgebeuteten Frauen, die ebenfalls des Wahlrechts beraubt sind und die bereits begriffen haben, daß ihr Plag im Lager der um Menschenrechte ringenden männlichen Klassengenossen ist, so muß man zu dem Schlusse kommen, daß die Sozialdemokratie heute in Deutschland, bescheiden gerechnet, ein Heer von 10 Millionen Erwachsener beider Geschlechter gesammelt hat.

Zehn Millionen reife Männer und Frauen, fast die Hälfte der gesamten erwachsenen Bevölkerung, und dazu die tüchtigsten, denkfähigsten, opferfreudigsten, von Idealismus durchtränkten — die echten Vertreter der Kultur in Deutschland, die Kraft und die Blüte der deutschen Nation! Man versuche; diese Blüte der Nation, diese gewaltige, millionenköpfige Masse unter ein Ausnahmegesetz zu stellen, vom Bürgerrecht auszuschließen, in Acht und Bann zu tun! Die blindwütenden Arbeiterfeinde mögen es wagen, sie werden alsbald zu ihrem Schrecken erfahren, daß ein solches Experiment diesmal nicht mehr zwölf Jahre dauern könnte, ja nicht einmal zwölf Monate zu dauern brauchte, und daß seine Folge eine gewaltige Katastrophe wäre, in der die ganze junkerlich-polizeilich-scharfmacherisch-monarchische Herrlichkeit des neuen Deutschen Reiches in Trümmer fallen würde. Ein Ausnahmegesetz gegen die Sozialdemokratie heutzutage wäre der Anfang vom Ende des herrschenden politischen Regimes!

Nicht wir Sozialdemokraten, nicht die Arbeiter sind es, die das blutige Phantom brutaler Kraftproben, reaktionärer Staatsstreichs, antisozialistischer Ausnahmegeetze oder gewerkschaftsfeindlicher Zuchtshausvorlagen zu fürchten haben. Im Gegenteil: mit ruhiger Gelassenheit, mit unbegrenzter Entschlossenheit und festem Mute können wir auf unserem bisherigen Wege weiterschreiten. Nicht das leiseste Schwanken, nicht das geringste Zurückweichen dürfen die Drohungen und Hehereien der Scharfmacher im Lager der kämpfenden Arbeiterklasse hervorrufen. Die Ausgebeuteten können und wollen nicht den kleinsten Teil ihres Rechtes auf die Straße, der vollen Ausnutzung des Koalitionsrechtes fahren lassen. Nur ein Ergebnis darf der schneidende Sturmwind der Reaktion auf Seiten der Proletarier erzielen: er muß die Massen der Ausgebeuteten noch unwiderstehlicher ins Lager der Sozialdemokratie treiben, sie immer fester zusammenschließen, sie noch stärker zum Klassenkampf aufpeitschen. Bald werden — so hoffen wir — mit dem Wiedererwachen des preussischen Wahlrechtskampfes neue machtvolle Straßendemonstrationen, bald werden die Reichstagswahlen, bald werden laute Rufe nach der Republik bei jeder Gelegenheit den Herrschenden zeigen, daß die Arbeiterklasse auf alle reaktionären Drohungen und Provokationen keine andere Antwort hat als — die geballte Faust.

Nieder mit dem Fleisch- und Brottwucher!

Das muß die Parole sein, unter der in der nächsten Zeit das Proletariat den Kampf führt gegen die schamlose agrarische Auswucherungspolitik. Im Vordertreffen dieses Kampfes aber haben die Frauen und Mädchen als die am meisten Interessierten zu stehen. Die fortgesetzten Steigerungen unserer Lebensmittelpreise durch indirekte Steuern, Zölle und zollpolitische Maßnahmen haben zu einer unerträglichen Belastung der Massen geführt, unter der unsere Frauen am meisten zu leiden haben. Das ohnehin larme Wirtschaftsgeld reicht weniger als je aus, wenn die Preise für die notwendigsten Nahrungsmittel, wenn vor allem die Preise für Fleisch und Fleischwaren unerschwinglich hohe geworden sind.

In den Arbeiterkreisen ist der Fleischgenuß ohnehin ein viel zu geringer, die gegenwärtigen Wucherpreise zwingen dazu, daß er noch mehr eingeschränkt werden, in Tausenden von Arbeiterfamilien ganz aufhören muß, oder daß minderwertige Fleischwaren auf den Tisch kommen. Einschränkung des Fleischgenusses bedeutet aber Verschlechterung der Lebenshaltung, und diese wiederum führt zur Gesundheitschädigung und schließlich zur Degeneration. Die Verschlechterung der Lebenshaltung bedingt aber ihrerseits die Herabminderung der Leistungsfähigkeit an der Arbeitsstätte und in der Arbeiterbewegung; sie führt zur Vermehrung und zur Beschleunigung der Sterblichkeit in den Kreisen der Erwachsenen und der Kinder. Die durch die Teuerung erzeugte Notlage treibt brave Arbeiter und Arbeiterinnen dem Verbrechen in die Arme, sie zwingt Frauen und Mädchen zum Verkauf ihres Körpers, ihrer Ehre und läßt sie im Sumpf der Prostitution versinken.

Wo die Teuerung es der sorgenden Hausfrau und Mutter unmöglich macht, auch nur das Nötigste mit dem Verdienst des Mannes zu bestreiten, da jagt die Not sie aus dem Hause in die Erwerbsarbeit. Sie muß die so sehr der Pflege, der Aufsichtigung, der Erziehung bedürftigen Kinder sich selbst überlassen, allen möglichen Gefahren für Leib und Seele preisgeben, um — nur das Nötigste zur Fristung des nackten Lebens der Jhrigen mitzuverdienen.

Blutenden Herzens müssen die Arbeitermütter ihren Kleinen die Bitte um ein Spielzeug, um ein warmes Kleidungsstück, vielleicht gar um ein Stück Brot oder um ein Häppchen Fleisch oder Wurst abschlagen, weil's an den Mitteln fehlt, weil das Portemonnaie leer ist, trotz des Fleißes von Mann und Weib. Was in jahrelangen harten wirtschaftlichen Kämpfen von der Arbeiterschaft an Lohnerhöhungen errungen ist, das wird mehr denn wett gemacht durch die Wucherpreise der Lebensmittel.

Wir müßten uns wohl oder übel abfinden mit dieser Tatsache, wenn die Wucherpreise eine Folge von allgemeinen Mißernten und Viehseuchen wären; wenn der Weltmarkt entblüht wäre von Korn und Vieh.

Das ist jedoch keineswegs der Fall, sondern die volksfeindliche agrarische Zoll- und Liebesgabenpolitik Deutschlands trägt die Schuld an den Teuerungspreisen und ihren schlimmen Konsequenzen für die ärmeren Volksschichten; Einfuhrverbote halten das billige amerikanische Vieh und Fleisch vom deutschen Markte fern, obgleich es in guter Qualität und im Überfluß vorhanden ist.

Schikanöse Einfuhrbestimmungen erschweren und beschränken die Einfuhr und verteuern das Vieh und Fleisch der europäischen Nachbarstaaten. So wird zum Beispiel das russische Vieh nur in beschränkter Stückzahl für die deutschen Grenzbezirke zugelassen. Angeblich um der Einschleppung von Viehseuchen vorzubeugen, in Wirklichkeit, um die unliebsame russische Konkurrenz vom deutschen Viehmarkt möglichst fernzuhalten. Denn es ist nicht gut einzusehen, warum bei der zugelassenen Stückzahl die Seuchengefahr ausgeschlossen, bei einer höheren Stückzahl sie vorhanden sein soll. Das vorzügliche russische Vieh muß an der Grenze geimpft und einer wochenlangen kostspieligen Beobachtung unterstellt werden, wodurch bedeutende Verteuerung entsteht.

In der gleichen Richtung wirken die hohen Vieh- und Fleischzölle, die am 1. März 1906, als der Wuchertarif von 1902 in Kraft trat, in der Weise geändert wurden, daß beim Vieh an Stelle des Stückzolles der Gewichtszoll trat. Der Zoll auf den Doppelzentner Lebendgewicht ist danach in folgender Weise erhöht worden:

Für Ochsen	von zirka 5,— M. auf 8 M.
„ Kühe	1,80 „ „ 8 „
„ Kälber	0,60 „ „ 8 „
„ Schafe	1,70 „ „ 8 „
„ Schweine	3,30 „ „ 9 „

Dazu ist aber noch weiter zu bemerken, daß bei 100 Pfund Lebendgewicht bei mageren Kühen kaum 40 Pfund Schlachtgewicht verbleibt, also die Preissteigerung durch die Zölle eine noch viel größere ist, als es durch die angeführten Zahlen der Zollerhöhung illustriert wird. Der Unterschied zwischen Lebend- und Schlachtgewicht ist bei den Schweinen verhältnismäßig noch am geringsten, immerhin ergeben aber auch hier 100 Pfund Lebendgewicht nur zirka 85 Pfund Schlachtgewicht.

Gleichzeitig mit der Zollerhöhung auf Vieh trat jene auf frisches Fleisch von 15 Pf. pro Kilogramm auf 35 Pf. in Kraft.

Auf Speck ruht ein Zoll von	36 Pf. pro Kilo
„ Schmalz	10 „ „ „
„ Butter	20 „ „ „
„ Margarine	20 „ „ „
„ Käse	15 „ „ „
„ Roggenbrot	5,8 „ „ „
„ Weizenbrot	6,4 „ „ „
„ Weizenmehl	10,2 „ „ „

Dazu kommen die Zölle und Steuern auf Kaffee, Tee, Kakao, Zucker, Salz, Salzheringe, Gewürze, Hülsenfrüchte, Petroleum, Streichhölzer, Bier, Branntwein und auf noch viele andere Nahrungsmittel und Gebrauchsartikel. Die angeführten Zollsätze auf Fleisch, Fleischwaren und Vieh und die schiffländischen Einfuhrbestimmungen verteuern uns aber nicht nur das ausländische Vieh und Fleisch, sie schaffen auch die Möglichkeit, daß annähernd um die gleichen Summen die inländischen Viehzüchter ihre Ware im Preise in die Höhe treiben und sich die Taschen füllen, während die Massen des Volkes hungern und darben müssen. Durch sorgfältige Berechnungen ist festgestellt, daß seit dem Inkrafttreten des 1902 beschlossenen Hungertarifs die Mehrausgaben durch Zölle und indirekte Steuern für eine vier- bis fünfköpfige Arbeiterfamilie jährlich fast 330 M. betragen. Die Auswucherung des Volkes ist also eine ungeheuerliche. Und diese deutschen Viehzüchter sind in der Hauptsache unsere schlimmsten politischen Gegner, die ärgsten Reaktionäre: die Junker, die Großgrundbesitzer. Aber just weil sie die ärgsten Reaktionäre, weil sie jederzeit bereit sind, die Hand zu bieten, um auf parlamentarischem oder außerparlamentarischem Gebiet der Reaktion Vorspanndienste zu leisten, die aufwärtstrebende Arbeiterschaft niederzuhalten, sei es durch Vorenthaltung von Staatsbürgerrechten, sei es durch Anebelung vermittelte Ausnahmegelesen, just deshalb sind die Vertreter der Industrie, des mobilen Kapitals gerne bereit, ihnen die Möglichkeit der Auswucherung des Volkes zu belassen und eventuell sogar zu erweitern. Um die Löhne der Arbeiterschaft niedrig halten zu können, wäre den Industriearbeitern billiges Brot und Fleisch weit willkommener als teures, aber für die Hausknechts- und Bütteldienste, die Krautjunker und Ochsengrafen ihnen leisten, lassen sie es sich etwas kosten, heißen sie in den sauren Apfel, um „Schlimmeres“, den unaufhaltamen Aufstieg und die endgültige Befreiung des Proletariats zu verhindern.

Es ist also nicht nur die Empörung über die horrenden Fleisch- und Brotpreise und ihre direkte unheilvolle Wirkung auf Lebenshaltung und Gesundheit der ärmeren Volksschichten, die uns in den erbitterten und zähen Kampf gegen Fleisch- und Brotwucher treibt, es ist auch die Empörung darüber, daß wir mit unserem Hunger, unseren Leiden die Taschen unserer Todfeinde füllen, ihre wirtschaftliche und politische Machtposition stärken müssen.

Deshalb ihr Frauen und Mädchen des werktätigen Volkes folgt dem Rufe, der in den nächsten Tagen und Wochen allerorten an euch ergehen wird. Strömt in die Versammlungen, um gegen diese Auswucherung zu protestieren, um euren Willen kundzutun, um zu sagen, daß ihr es satt habt, euch auszuhungern zu lassen, um unsere Todfeinde zu mästen. Zeigt durch Massenbesuch der Protestversammlungen, durch Masseneintritt in die sozialdemokratische Partei, daß ihr politisch reif seid, daß ihr nicht nur nörgelt und wehleidig klagt über das, was euch drückt, sondern daß ihr tapfer und mutig kämpfen wollt, kämpfen um ein besseres und reichlicheres Brot, kämpfen um billiges Fleisch, kämpfen um eine bessere Lebenshaltung, die uns befähigt mit verdoppelter Kraft auch in der Zukunft den Befreiungskampf weiter und zu einem siegreichen Ende zu führen. Der Parteivorstand hat, entsprechend dem Beschluß des Parteitags in Magdeburg, eine allgemeine Agitation und Protestbewegung unter den Frauen angeregt und zur Unterstützung dieser Bewegung ein Flugblatt gegen den Fleischwucher herausgegeben, welches sich speziell an die Frauen wendet. Genossinnen, konzentriert deshalb für die nächste Zeit eure Kraft und euer Interesse auf die Durchführung der Forderung: **Nieder mit dem Fleisch- und Brotwucher!** Luise Zieg.

Das Weib als Kulturträgerin.

Von Gustav Eckstein.

(Schluß.)

Natürlich dürfen wir uns die ersten Felder noch in keiner Weise den unserigen ähnlich vorstellen, und wir dürfen auch nicht glauben, daß ganz plötzlich im Gehirn eines genialen Weibes die Idee aufstauete, ein Feld anzulegen, zu umhegen und zu bestellen. Es hat ganz gewiß unzähliger Generationen bedurft, bis es so weit kam. Eine Zwischenstufe können wir heute noch vielfach in Australien beobachten: Dort gilt es bei vielen ganz primitiven Stämmen als Sünde und Verbrechen, Pflanzen, die mit eßbaren Früchten gesegnet sind, auszuraufen oder sonst zu vernichten. Da nun in der Ernährung die Grasarten mit genießbarem Samen, die Vorfahren unseres Getreides, eine große Rolle spielen, diese aber meist in Waldlichtungen oder sonst an sonnigeren Stellen in Gruppen beisammen stehen, lag es nahe, diese ganzen Plätze zu umfriedigen und ihr Betreten nur denen zu gestatten, die mit ihrer Pflege und mit dem Einsammeln der Früchte betraut waren. So versehen die Weiber in Süd-Neuguinea ihre Pflanzungen mit gewissen Zeichen, wodurch diese „tabu“ werden, das heißt heilig und unbetretbar für jeden Nichtberufenen. Ein nächster Schritt war dann vielleicht, daß Pflanzen von auswärts nach jenen umfriedeten Orten gebracht wurden, wo sie leichter geschützt werden konnten. Erst später ist vielleicht die Aussetzung von Samen erfolgt, von der oben die Rede war.

In diesem Entwicklungsgang ist noch manches nicht ganz aufgeklärt und unsicher, es ist auch sehr wahrscheinlich, daß er nicht überall der gleiche war, daß er je nach den Ortsverhältnissen und nach der Erfindungsgabe der beteiligten Frauen einen verschiedenen Weg genommen hat. Soviel steht aber heute bereits über jeden Zweifel fest, daß ebenso wie die Viehzucht eine Errungenschaft des Mannes war, der Ackerbau von der Frau geschaffen wurde. Auf dem Ackerbau aber ruht jede höhere Kultur. Erst er ermöglicht, besonders wenn er sich mit der Viehzucht verbindet, die Erzielung derartiger Überschüsse an Mitteln zur Erhaltung der Menschen, daß ein stets wachsender Teil der Bevölkerung sich anderen Aufgaben als denen der unmittelbaren Nahrungsgewinnung zuwenden kann.

Für diese Errungenschaft, die wie keine andere Kulturfördernd zu wirken bestimmt war, winkte der Frau allerdings auch ein hoher Lohn. Denn überall dort, wo der Wildreichtum zurückging und aus welchen Gründen immer keine Viehzucht aufkam, wurde der Mann immer mehr von den Nahrungsmitteln abhängig, die die Arbeit der Frau lieferte. Und auf diese wirtschaftliche Übermacht gründete sich die soziale Vorherrschaft der

Frau. Die Stämme, die von einer primitiven Form des Ackerbaus leben, sind es, in denen das Weib die geachtetste Stellung einnimmt, ja, in denen es oft herrscht. Hier ist die Stätte der sogenannten „Mutterherrschaft“.

Freilich hat die wirtschaftliche Entwicklung, die alle sozialen Verhältnisse immer wieder revolutioniert, auch der Bevorzugung der Weiber selbst wieder ein Ende bereitet. Die höhere Ausbildung des Ackerbaus, die Verwendung von Pflug, Wagen und Zugtieren ließ es vorteilhaft erscheinen, die Kriegsgefangenen nicht mehr wie bisher den Göttern zu opfern und zu verzehren, sondern sie als Ackerknechte den Weibern zur Hilfe bei der Feldbestellung beizugeben. Dadurch wurde aber die Arbeit der Frauen selbst immer mehr überflüssig, während sie zugleich in der gesellschaftlichen Achtung sank; denn nun war sie vorwiegend „Skavenarbeit“ geworden. Die Frau, die eine Zeitlang die Herrschaft in der Familie und oft auch im Stamm ausgeübt hatte, sank selbst zur Feld- und Hausflavin herab.

Die erste Entwicklung des Ackerbaus allein würde schon hinreichen, um der Frau eine der ersten Stellen unter den Heroen der Menschheit zuzuweisen. Dies ist aber durchaus nicht die einzige weittragende Errungenschaft, die wir ihr verdanken.

Ursprünglich kannten die Menschen höchstwahrscheinlich keine eigentlichen Behausungen. Noch heute gibt es Stämme, die stets im Freien, eventuell unter Bäumen oder im Schutze überhängender Felsen oder in Höhlen kampieren. Die ersten Wohnstätten waren wahrscheinlich Höhlen, hohle Bäume und Erdlöcher. Die erwachsenen Männer hatten unter den Unbilden der Witterung immerhin weniger zu leiden als die Kinder. Den Müttern mußte daher die Beschaffung eines Schutzes am meisten am Herzen liegen. Aus diesem Grunde ist es wahrscheinlich, daß die Windschirme, die noch heute bei manchen Naturvölkern der einzige Schutz gegen Wind und Wetter sind, und die unter die Anfänge zu künstlichen Wohnungen gezählt werden müssen, eine Erfindung der Frauen sind. Eine andere Theorie, die viel für sich hat, behauptet, daß die Windschirme zuerst weniger ein Schutz für den Menschen waren als für das Feuer. Da wir nicht wissen, welches Geschlecht das Feuermachen erfunden hat, wäre es demnach auch nicht ausgemacht, ob der Mann oder die Frau an der Erhaltung des Feuers zuerst mehr interessiert waren. Die Vermutung, daß die Frau die Windschirme erfunden hat, wird allerdings bekräftigt durch die Beobachtung, daß diese meist aus Flechtwerk bestehen. Das Material zu diesen stammt aus dem Pflanzenreich, wie wir gesehen haben, dem Herrschaftsgebiet der Frau. In der Tat ist denn auch bei vielen Naturvölkern der Bau der primitiven Hütten Aufgabe der Frau. Das hängt auch damit zusammen, daß der Mann zugleich Beschützer gegen Feinde ist und daher stets bereit sein muß, mit gewaffneter Hand dem Gegner Trotz zu bieten. Er muß deshalb, soll der Stamm nicht zugrunde gehen, von schwerer, bindender Arbeit verschont bleiben. Endlich aber ist auch die Technik der geflochtenen Windschirme eine spezifisch weibliche. Dabei darf allerdings nicht außer acht gelassen werden, daß zum Beispiel im tropischen Urwald die Entstehung der ersten Wohnstätten wahrscheinlich in anderer Weise erfolgt ist; denn dort ist dazu sehr häufig zunächst das Einrammen von Pfählen notwendig, auf die erst die Hütte gebaut wird, und das war wahrscheinlich Männerarbeit.

Aus dem Flechten haben sich zwei hochwichtige Produktionsarten entwickelt, die überall ursprünglich der Frau ganz allein oblagen: die Korbflechterei und die Weberei. Die aus Zweigen roh geflochtenen Körbe dienten ursprünglich jedenfalls zum Transport und zur Aufbewahrung der Schätze, die das Weib sammelte, also von Früchten, Wurzeln und kleinen Tieren. Aus dieser Technik hat sich im Laufe der Zeit eine andere entwickelt, die zu ungleich größerer Bedeutung gelangen sollte, die Töpferei. Einen Übergang zu dieser können wir wohl in der weit verbreiteten Sitte erblicken, den geflochtenen Windschirmen durch Anwurf von Lehm, der an der Sonne trocknet, größere Widerstandsfähigkeit besonders gegen Regen zu verleihen. Es lag nahe, die geflochtenen Körbe ebenfalls durch Auskleidung mit Lehm wasserdicht zu machen. So konnte man sogar Wasser

über das Feuer bringen, und damit war der entscheidende Schritt zur Kochkunst getan.

Über die Entdeckung der Kunst, Feuer zu machen, wissen wir sehr wenig. Verschiedene Umstände lassen die folgende Weise der Entdeckung als wahrscheinlich gelten. Bei dem Versuch, mittels harter Holzstücke andere zu durchbohren, wobei das als Bohrer dienende Holz mittels Schnitren rasch in der entstandenen Rinde des anderen Stückes gedreht wurde, hat sich das dabei entstandene Sägmehl entzündet. Ob aber diese Kunst zuerst von Männern oder von Frauen geübt wurde, darüber wissen wir nichts. Jedenfalls ist in allen Mythen ein Mann der Bringer des Feuers. Die Aufgabe, das Feuer zu hüten, dessen neue Entzündung ja damals sehr schwierig war, fiel später allerdings naturgemäß der Frau zu, der Hüterin des häuslichen Herdes. Bei den primitiven Jägervölkern brät der Mann selbst das erbeutete Wild, und das sehr oft gleich an Ort und Stelle. Das ist und war eine recht einfache Sache. Die Stücke Fleisch wurden zunächst auf die glühenden Scheite oder Steine gelegt oder auch über dem Feuer aufgehängt. Bedeutend schwieriger war es aber, die von der Frau gesammelten Lebensmittel durch das Feuer leichter genießbar, wohl auch schmackhafter zu machen, sie zu kochen. Wollte man sie einfach ins Feuer legen, so verbrannten oder verkohnten sie. Die Jäger hatten die Kunst des Bratens wohl auch in der Weise geübt, daß sie in eine Grube am Feuer erhitzte Steine und dazu die zu braten- den Gegenstände legten. Diese Gruben sind wahrscheinlich zum Ausgangspunkt einer weiteren Entwicklung der Nahrungsbereitung geworden. Der nächste Schritt vorwärts bestand darin, daß man in diese Gruben auch Wasser goß, das man dadurch zum Kochen brachte, daß man glühende Steine hineinwarf. In der „Gleichheit“ ist erst kürzlich ausführlich darüber berichtet worden. Mit der aufgezeigten Möglichkeit, Wasser zum Sieden zu bringen, war aber die Vorbedingung für die Zubereitung von pflanzlichen Nahrungsmitteln am Feuer gegeben. Sie war Sache der Frau, wie das Braten von Fleisch früher Sache des Mannes war. Für die weitere Entwicklung der Kochkunst ist also auch die Frauenarbeit von großer Bedeutung gewesen.

Auf eine ganz andere Grundlage wurde natürlich die Kochkunst gestellt, als es gelang, Wasser in Gefäße zu füllen, die feuerbeständig waren wie jene mit Lehm ausgekleideten Körbe, von denen die Rede war. Oft mochten dann wohl die Zweige des Geslechtes verbrennen, der Lehm aber war unterdessen vom Feuer gehärtet und behielt seine Form. Der Korb hatte sich in einen Topf verwandelt. Diese ganze Entwicklung, die zur Töpferei führte, läßt sich auch heute noch verfolgen. Bezeichnend für den Ursprung der Töpferei ist eine Tatsache. Die Verzierungen, die heute noch bei den primitiven Erzeugnissen der Töpferei wilder Völker am meisten verwendet werden, stellen Flechtwerk dar. Es ist das eine Erinnerung an den Ursprung der Töpferei, an das Ornament, das bei dem Ausbrennen des Korbes in dem gebrannten Ton zurückblieb.

Die Frage, welchen Ursachen die menschliche Kleidung ihren Ursprung verdankt, ist bis heute noch nicht ganz aufgeklärt. Am wahrscheinlichsten ist es, daß das Bedürfnis nach Schmutz zuerst dazu führte, daß sich der Mensch mit den verschiedensten Gegenständen behängte. Die Vorstellung, daß es das Schamgefühl gewesen sei, das zuerst zur Bedeckung von Körperteilen geführt hätte, läßt sich wohl kaum aufrechterhalten. Bei vielen Wilden hat ja die Kleidung vielfach den offensichtlichen Zweck, auf die Schamteile hinzuweisen, nicht sie zu verdecken. Für die verheirateten Frauen erhält allerdings die Kleidung bald den Zweck, zu verhüllen. Dem Manne, der alleiniger Eigentümer einer Frau sein und bleiben wollte, lag daran, daß durch ihre Reize die Sinnlichkeit keines anderen Mannes angestachelt werde, daß sie sorgfältig verdeckt bleiben. Daher kommt es, daß bei vielen Stämmen, deren Männer und Mädchen ganz oder fast ganz nackt gehen, die Frauen von Kopf bis zu Fuß in Gewänder gehüllt sind. Die Kleidung spielt in der Folge bei der Frau eine viel größere Rolle als beim Manne. Auch ist das Material der Kleidung für die Geschlechter verschieden. Dem Manne liefert die Jagd Tier-

felle sowie Sehnen und Därme, mit denen diese zusammengeknäht werden können. Es ist daher kaum anzunehmen, daß das Nähen zu den weiblichen Erfindungen gehört. Anders aber das Weben. Die Frau war zur Herstellung ihrer Kleider wieder auf pflanzliche Stoffe angewiesen. Aus diesen mußten aber große Flächen, wie sie die Tierhäute von selbst darboten, erst künstlich hergestellt werden. Ausgangspunkt dieser Entwicklungsreihe dürfte der geflochtene Windschirm gewesen sein. Wurde ein solches Geschlecht aus dünnerem und schmiegsamerem Material hergestellt, so war es wohl imstande, sich halbwegs den Körperformen anzuschmiegen und so den Anforderungen zu entsprechen, die an eine Bekleidung gestellt wurden. Der Rindenbast von Bäumen, die zähen Halme mancher Gräser, später auch die widerstandsfähigen Fasern von Lein, Hanf, Flachs usw. boten ein treffliches Material. Da aber diese Fasern meist zu kurz waren, um sie einzeln praktisch verwerten zu können, mußten oft mehrere zusammengedreht und dadurch angestüchtelt werden. Zur Weberei trat so die Spinnerei, die bis fast in unsere Zeit das Gebiet der Frauenarbeit war. Heute noch kann man im östlichen und südöstlichen Europa vielfach Frauen mit der Kunkel gehen und auf offener Straße spinnen sehen, und lange Zeit wurden die Weber wegen ihrer „weibischen“ Arbeit verspottet.

Wir können also feststellen, daß der Beitrag, den die Frau zu den Kulturgütern der Menschheit geleistet hat, wahrlich nicht klein und wertlos ist. Man versuche einen Augenblick, sich die Welt ohne die Errungenschaften vorzustellen, deren erste Entwicklung ausschließlich oder in hohem Maße das Werk der Hände und des Geistes der Frauen gewesen ist, und von all den herrlichen Gütern unserer gepriesenen Kultur bleibt kaum mehr viel übrig. Es kann also doch wohl nicht die angeborene Natur sein, die das Weib hindert, an der Schaffung der höchsten Kulturwerte den tätigsten Anteil zu nehmen. Es war vielmehr der durch Jahrtausende auf ihr lastende furchtbare Druck geistiger weil wirtschaftlicher Abhängigkeit. Jetzt, wo die Arbeit der Frau beginnt, wieder ihr Recht und damit ihre Würde zu erobern, geht mehr und mehr von Tag zu Tag die Anzeichen dafür, daß wir einer Zeit entgegengehen, wo auch die frei gewordene Frau wieder ihren vollen Beitrag leisten wird zu unserer Kultur, die erst dann wirklich ein Allgemeingut sein kann, wenn Mann und Weib in gleicher Weise die wirtschaftlichen und geistigen Fesseln abgeworfen haben, die sie heute binden. Gustav Gastein.

Zwei Tagungen bürgerlicher Frauenrechtlerinnen.

I.

In der ersten Hälfte Oktober haben zwei Tagungen bürgerlicher Frauenrechtlerinnen stattgefunden, die besondere Beachtung verdienen, weil sie helles Licht auf die innere Entwicklung und das Wesen der bürgerlichen Frauenbewegung werfen. In Frankfurt a. M. hat am 3. und 4. Oktober die erste Konferenz der liberalen Frauen getagt; in Heidelberg hat vom 6. bis 9. Oktober die neunte Generalversammlung des Bundes deutscher Frauenvereine ihre Arbeiten erledigt. Wer die deutlichen Merkmale inneren sozialen Seins nicht beachtet, dem könnte es scheinen, als ob ein wesentlicher Unterschied zwischen den beiden Tagungen vorhanden sein müsse. In Frankfurt waren Frauenrechtlerinnen zusammengekommen, die politisch arbeiten, kämpfen wollen, die daher die Forderung des Frauenstimmrechts stark betonen und gemeinhin als „radikale“ oder als zum linken Flügel der bürgerlichen Frauenbewegung gehörend angesprochen werden. Die Heidelberger Tagung vereinigte dagegen Vertreterinnen von Frauenorganisationen jedes Charakters und jeder Richtung, unter denen bisher die „gemäßigten“ Elemente, die Anhängerinnen des rechten Flügels der deutschen Frauenrechtlerinnen bei weitem überwogen und dem „Bunde“ wie seinen wichtigsten Lebensäußerungen das charakteristische Gepräge gaben. In der deutschen Frauenbewegung vollziehen sich jedoch innere Wandlungen, in

denen sich die Tendenz durchsetzt, von hüben und drüben das Gros der tätigen Frauenrechtlerinnen auf einer mittleren Linie zu vereinigen und ohne die Fühlung mit der äußersten Rechten zu lockern, die äußerste Linke mehr als je zu isolieren.

Es ist mit Händen zu greifen, daß diese Wandlungen Teilercheinungen des Prozesses sind, der innerhalb des deutschen Bürgertums überhaupt vor sich geht. Außerlich kündigten sie sich dadurch an, daß die nämlichen liberalen Frauenrechtlerinnen, die in Frankfurt über ihre Arbeit innerhalb der Fortschrittlichen Volkspartei berieten, im allgemeinen auch auf der Generalversammlung des „Bundes“ in den in Betracht kommenden Fragen die Führung hatten. Außerdem standen hier wie da die Frauenrechtlerinnen abseits, die um Frau Cauer und Frau Breitscheid gruppiert die standhaften Überreste des Linksliberalismus, der bürgerlichen Demokratie vertreten, wie sie in der kleinen „Demokratischen Vereinigung“ tapfer gegen den rückwärts schreitenden Fortschritt ankämpfen. Als konsequente Befürworterinnen des Prinzips der Demokratie — das auch die volle Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts in sich begreift — hatten sie von vornherein ihre Beteiligung an der Konferenz der liberalen Frauen abgelehnt. Frau Cauer begründete das in Nr. 19 der „Frauenbewegung“ vom 1. Oktober wie folgt: „Diese Frauen stehen ebenfalls fest zum Liberalismus. Jedoch ihre persönlichen sowie fachlichen Grundsätze verbieten es ihnen, für eine Partei einzutreten und in einer Partei mitzuarbeiten, wo ein Teil der führenden und maßgebenden Männer eine schroffe Ablehnung der Frauenforderungen bekundet hat und immer wieder von neuem betont. Die Fortschrittliche Volkspartei beweist durch ihre Stellungnahme, daß sie die Aufgaben der Gegenwart nicht versteht, wenn sie einer so großen Bewegung, wie die Frauenbewegung ist, nicht gerecht wird. Sie kann sich daher nicht wundern, wenn eine bedeutende Anzahl politischer Frauen sich fernhält, weil sie vom Liberalismus etwas anderes erwartet, und anderes erwarten muß. Sie sehen nicht die Verleüperung des wahren und entschiedenen Liberalismus in der Fortschrittlichen Volkspartei, so lange dieselbe sich schwankend und unsicher zu wahrhaft liberalen Forderungen verhält. Und das tut sie, und zwar nicht nur in der Frauenfrage. . . Wie stellen sich nun die Frauen, die mit der Fortschrittlichen Volkspartei gehen, prinzipiell zu all den Fragen und Problemen, die nicht allein innerhalb der politischen Welt im allgemeinen zur Diskussion stehen, sondern im Liberalismus auch im besonderen noch ausgefochten werden müssen? Wie stehen zum Beispiel diese Frauen zur Wahlrechtsfrage, zum allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrecht auch für die Einzelstaaten und für die Gemeinden? Welche Stellung nehmen sie zur Arbeiterbewegung ein? Wollen sie für das beschränkte Stimmrecht arbeiten, oder unter sich dulden, daß es geschieht? Damit würden sie aber nicht allein ihrer Partei schaden, sondern auch die Grundsätze der Frauenbewegung mißachten.“

Wer die Stellung der Fortschrittlichen Volkspartei zur Forderung der Frauenrechte und im Kampfe gegen die Reaktion kennt, wer da weiß, daß sie in der einen oder anderen Beziehung nur „unentwegt“, „voll und ganz“ in ihrer Halbheit und Schwächlichkeit ist, der konnte auch eins voraussagen: daß die Frankfurter Tagung außerstande war, auf diese Fragen eine Antwort zu geben, die auch nur die Ansprüche der bürgerlichen Demokratie befriedigt hätte. Eine solche Antwort war ein Ding der Unmöglichkeit geworden von dem Augenblick an, wo die liberalen Frauenrechtlerinnen entschlossen waren, entschlossen sein mußten, innerhalb und mit der Fortschrittlichen Volkspartei zusammen zu wirken. Mehr noch als die hervorgehobenen äußeren Umstände kennzeichnen daher Verhandlungen und Beschlüsse beider Tagungen die in Fluß befindliche Entwicklung. Sie standen in einem und dem nämlichen Zeichen und waren von dem gleichen Geiste beherrscht. Der in Frankfurt hoffnungsfreudig angelegte Faden des Liberalismus — wie ihn die Fortschrittliche Volkspartei praktiziert — wurde in Heidelberg fröhlich weitergesponnen. Man könnte die Frankfurter Verhandlungen nicht zu Unrecht als Vorbereitungsarbeiten für die Stellungnahme der Generalversammlung in der Frage des Gemeindevahlrechts auffassen.

Den eigentlichen Arbeiten der Konferenz liberaler Frauen zu Frankfurt ging eine glänzende öffentliche Versammlung voraus. Fräulein Dr. Gertrud Bäumer, Helene Langes Schülerin und Nachfolgerin als geistiges Haupt der bürgerlichen Frauenbewegung, sprach dort über „Die Frauen und die Zukunft des Liberalismus“. Ihre Rede war ein Stück Agitation und programmatische Bekundung zugleich, vollendet in der Form, gebiegen im Gehalt und erhob sich durch das feste innere Gefüge der Gedankengänge hoch über das landläufige Niveau frauenrechtlerischer Auffassung und Beredsamkeit. Jedoch letzten Endes brach auch die Logik dieses wissenschaftlich geschulten Geistes vor den Konsequenzen einer mutvoll und vorurteilslos zu Ende gedachten liberalen Weltanschauung zusammen, verammelte auch sie sich den Weg, der durch die hin und herwogenden Ideenströmungen der Gegenwart zur Zukunft führt.

Fräulein Bäumer faßt den Liberalismus als Weltanschauung auf, der das Prinzip politischer, gesellschaftlicher Freiheit in sich begreift. Sie stellte dieses Freiheitsprinzip in grundsätzlichen Gegensatz zu dem Autoritätsprinzip der Weltanschauung, die vom Zentrum vertreten wird. Sie grenzte es nach links hin gegen den Sozialismus ab — wie sie sich ausdrückte, gegen „die materialistische Geschichtsauffassung, die die Möglichkeit selbständiger idealer Maßstäbe gegenüber den wirtschaftlichen Zuständen bestreitet“ —, nach rechts hin gegen „einen prinzipienlosen Opportunismus, der sich vor allem in den Frauenparagrafen des Programms der Fortschrittlichen Volkspartei offenbart“. An den weltanschauungsmäßigen Kern des Liberalismus, wie Fräulein Bäumer ihn versteht, ist die Hoffnung der Frauen, das heißt der bürgerlichen Frauen geknüpft. Der Liberalismus als Wirtschaftsauffassung hat im Maschinenzeitalter an Stelle der Forderung schrankenloser Konkurrenz diejenige nach Staatshilfe für die wirtschaftlich Schwachen setzen müssen. So wurde das liberale Prinzip mit dem sozialen verbunden, und der Liberalismus übernahm des weiteren die Aufgabe, „das Arbeitssystem des modernen Großbetriebs freiheitlich durchzubilden durch die Verstärkung der Berufsvertretungen in den Schichten der abhängigen Arbeiter und Angestellten“. Die „ursprünglichen kosmopolitischen Neigungen hat der Liberalismus längst überwunden“, er anerkennt „die Notwendigkeit einer großzügigen, weitblickenden, nationalen Selbsterhaltung“. Wie die liberalen Frauen die verschiedenen Trägerinnen des reinen politischen Freiheitsprinzips des Liberalismus sein müssen, so werden sie sich auch als konsequente Verfechterinnen des sozialen Gedankens im Liberalismus betätigen; ohne den militärischen Geist um seiner selbst willen zu hegen, werden sie mit der Notwendigkeit nationaler Selbstbehauptung rechnen. Den Triumph des Liberalismus erwartet Fräulein Bäumer von der Erziehung des Volkes zum Freiheitsprinzip.

Man sieht: es ist der Liberalismus als Weltanschauung, wie sie das Bürgertum in den Zeiten seines geistig-politischen Emanzipationskampfes herausgearbeitet hat, den das Glaubensbekenntnis der bürgerlichen liberalen Frauen auf den Schild erhebt, aber der Liberalismus, an dem der Wandel der Zeiten im guten wie im schlimmen nicht spurlos vorübergegangen ist. Das „Maschinenzeitalter“ und die Herrschaft der Bourgeoisie, der kapitalistisch ausbeutenden Klassen, die es gebracht hat, haben ihr Recht gefordert und erhalten. Fräulein Bäumer hat ihren Liberalismus mit dem Wohlgeruch konsequenter politischer Demokratie wenigstens dem weiblichen Geschlecht gegenüber — richtiger den bürgerlichen Frauen — parfümiert, sie hat ihn mit den nötigen Tropfen sozialen Oles von geschlichem Arbeiterschutz und geschlichem anerkannten Berufsvertretungen gesalbt. Sie weist aber auch die weltverbrüdernde Geste des „Seid umschlungen, Millionen“ ab, das herrische Gebot der „nationalen Machtfragen“ verwehrt den „Ruß der ganzen Welt“, und wenn sich die Rednerin noch schauernd von dem Blutgeruch abwendet, der den Militarismus umweht, so reicht sie diesem doch bereits mit verschämtem Lächeln die Millionen, deren er bedarf, um sich zur Niedermezelung des äußeren und inneren Feindes zu rüsten. Sobald Fräulein Bäumer die lustigen Höhen meta-

physischer Spekulation verläßt, wo die Gedanken der aufstrebenden Bourgeoisie leicht beieinander wohnten, fällt sie recht unsanft auf den harten Boden der Wirklichkeit, wo die emanzipierte Bourgeoisie auf Kosten der frondenden Massen ausbeutet, jobbert, herrscht und genießt, aber auch bereits vor dem Ende ihrer Macht zittert. Ihr Liberalismus beginnt spekulativ als Weltanschauung einer jugendfrischen Klasse, die sich mit der Menschheit identifiziert, und endet realpolitisch als Glaubensbekenntnis einer greisenhaften Partei, die den Egoismus einer geschichtlich abwirtschaftenden Minderheit vertritt. Fräulein Bäumer's Liberalismus ist Fleisch und Geist vom Fleische und Geiste der bürgerlichen Gesellschaft. Daher kennt er auch weder als Weltanschauung noch als politisches Aktionsprogramm Entwicklungslinien, die über diese Ordnung hinausführen. Das geschichtliche Verhängnis ihrer Klasse muß für Fräulein Bäumer zum Verhängnis der persönlichen Anschauung werden. Indem sie die materialistische Geschichtsauffassung verwirft — sicher nicht in der schiefen und rohen Form, wie der vorliegende Bericht das wiedergibt, aber ebenso sicher auch grundsätzlich —, verhängt sie sich die Einsicht, daß der geschichtlich lebendige, entwicklungsfähige Kern der liberalen Weltanschauung im Sozialismus fortgedeiht, daß der Sozialismus die konsequente Weiterentwicklung des Liberalismus ist, aber damit auch zugleich der Gegensatz zu ihm. In der Folge ist es die Sozialdemokratie, die in scharfer grundsätzlicher Gegnerschaft gegen die sogenannte liberale Partei in Deutschland die Forderungen eines konsequenten Liberalismus vertritt.

Wie die Theorie, so die Praxis. Sobald sich Fräulein Bäumer auf dieses Gebiet begibt, verfällt sie dem nämlichen „prinzipienlosen Opportunismus“, dessen sie mit Recht die Fortschrittliche Volkspartei in Sachen der Frauenrechte zeugt. Was anders denn als prinzipienloser Opportunismus ist es, daß sie wohl diesen einen Verrat der Fortschrittlichen Volkspartei am politischen Prinzip des Liberalismus brandmarkt, aber kein Wort des Tadel's, ja nicht einmal die Erwähnung dafür hat, daß diese Partei allen brennenden politischen Fragen gegenüber, bei denen die Demokratie gegen die Reaktion steht, den gleichen prinzipienlosen Opportunismus betätigt, daß sie die Fleisch und Blut gewordene Opportunitätspolitik ist? Was anders, wenn sie mit dem zermalmenden Militarismus, der abenteuerlichen räuberischen Weltmachtspolitik kolettiert? Wenn sie als wirtschaftliches Prinzip nicht die Freiheit aller fordert, sondern nur Erleichterung der Sklavenketten, nur „ein Stück“ Unabhängigkeit und Selbständigkeit? „Der Tod ergreift das Leben!“ Der Verfall, der Opportunismus als politisches Zerfallsprodukt des absterbenden bürgerlichen Liberalismus vergiftet die Logik, die Entschlossenheit in Theorie und Tat in der bürgerlichen Frauenbewegung.

Wie die Dinge liegen, ist es natürlich, daß nur eine einzige Versammlungsteilnehmerin — Frau Dr. Levysohn — energigisch Protest gegen den besüßworteten Anschluß der liberalen Frauen an die Fortschrittliche Volkspartei erhob. Mit allen gegen zwei Stimmen gelangte die entsprechende Resolution zur Annahme, die noch von Maria Wischniewska, Helene Lange, Alice Salomon und Privatdozent Dr. Ohr empfohlen worden war, nicht ohne daß Fräulein Wischniewska mit soldatesker Begeisterung für die Vermehrung von Heer und Flotte eingetreten wäre. Die Resolution lautet: „Die Mitarbeit in der Fortschrittlichen Volkspartei ist eine Pflicht aller entschieden liberal gestimmten Frauen und eine Notwendigkeit für die Befestigung und Verbreitung der liberalen Weltanschauung und die Stärkung der liberalen Politik. Die Versammlung sieht jedoch in der Anerkennung der staatsbürgerlichen Gleichberechtigung der Frauen eine selbstverständliche Folge liberaler Grundsätze und erwartet, daß die Mitarbeit der Frauen in der Partei zu dieser Anerkennung durch das Parteiprogramm führen wird.“

In der öffentlichen Versammlung hatte die Theorie mit Geist den prinzipienlosen Opportunismus ideologisch verschleiert und verklärt. Bei den Beratungen der Konferenz, an denen

gegen sechzig Anhängerinnen der Fortschrittlichen Volkspartei teilnahmen, zeigte ihn die trivialste Mittelmäßigkeit plump in seiner Nacktheit. Es geschah dies in dem Referat, das Fräulein Martha Zieg über „Die Mitarbeit der Frauen bei den Reichstagswahlen“ erstattete. Sie begründete zunächst, daß die liberalen Frauen bestimmte Forderungen „normieren“ und ihre Aufnahme in die Wahlauftrufe der Fortschrittlichen Volkspartei heischen müssen. Solche Forderungen sind: Wöchnerinnen-, Säuglings- und Arbeiterinnenschutz, Vertretung der Frauen in den Berufsorganisationen usw. Die Forderung des Frauenwahlrechts und gar die des allgemeinen gleichen geheimen und direkten Wahlrechts für alle Großjährigen ohne Unterschied des Geschlechts sucht man vergeblich auf diesem Wunschzettel. Warum? Hören wir Fräulein Zieg. Natürlich „können und dürfen die liberalen Frauen keinen Liberalismus stärken, der den Frauen nicht gerecht wird. . . . Es ist jedoch nicht klug und politisch, von jedem Kandidaten zu fordern, daß er in jedem Falle für das Frauenstimmrecht einzutreten habe“. Und nach diesem de- und wehmütigen Verzicht auf die wichtigste aller grundsätzlichen Forderungen der bürgerlichen Frauenrechtelei das „mutvolle Begehren: „Aber das müssen wir fordern, daß der von uns unterstützte Kandidat das Versprechen abgibt, gegebenenfalls für unsere Forderungen einzutreten.“ Was da brüllte, war nicht ein Löwe, auch nicht eines Löwen Weib, es war wieder einmal der ehrfame Meister Zettel, aus dem Männlichen in das Weibliche übersetzt, aus der Welt heiterer, übermütiger Schönheit des Shakespeareschen Sommernachtsstraums in die häßliche Wirklichkeit der „entschieden“ liberalen Politik. Die Tatsache selbst bestätigt aufs neue, daß die bürgerliche Frauenbewegung, wenn sie aus den Rebellen einer allgemeinen Phrasologie in die Arena des politischen Kampfes herniedersteigt, je länger je mehr bürgerliche Klasseninteressen vor Fraueninteressen gehen läßt.

Die Unterstützung der Fortschrittlichen Volkspartei bei den Wahlen soll nach Fräulein Zieg durch die Beschaffung von Geldmitteln und Hilfskräften geschehen, die Schleppldienste leisten usw. Den Debatten lagen Thesen zugrunde, die unter 3 befagen: „Die Frauen müssen sich bei ihrer Arbeit bewußt sein, daß sie zur Förderung der liberalen Politik arbeiten und die Pflicht haben, nur solche Kandidaten zu unterstützen, von denen wir eine Förderung der Idee der politischen Gleichberechtigung der Frauen zu erwarten haben.“ Die Debatten haben übrigens nach den vorliegenden Berichten keine beachtenswerten Momente ergeben.

Aber den Organisationsentwurf der liberalen Frauen referierte Fräulein Wischniewska. Sie hob hervor, daß die Frauen, die sich dem Liberalismus anschließen wollen, bei ihrer Organisierung auf mannigfache Schwierigkeiten stoßen. Da ist die Zerissenheit des Liberalismus, der Konflikt, in den die parteipolitische Arbeit leicht mit der Frauenstimmrechtsbewegung gerät, die Versagung des Liberalismus vor der Forderung voller Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts, die noch mangelhafte Durchbildung des liberalen Programms im Hinblick auf die Forderungen der modernen Kultur und des Wirtschaftslebens der Gegenwart. Trotz alledem müssen nach der Ansicht der Referentin die Frauen mit dem Liberalismus zusammenarbeiten. Ihre Ausführungen faßte diese in fünf Thesen zusammen, bei deren Annahme ausdrücklich betont wurde, daß die tagenden Frauen die Entwicklung des Liberalismus im Sinne des Programms der Fortschrittlichen Volkspartei verstehen. Was die Organisation selbst anbetrifft, so lagen der Konferenz zwei Satzungsentwürfe vor, der eine von Fräulein Wischniewska, der andere von Fräulein Bäumer. Der erstere forderte die Gründung eines „Bundes liberaler Frauen“ mit lokalen Organisationen und selbständiger Beitragsleistung. Der letztere schlug dagegen eine organisatorische Verbindung der Frauen innerhalb der Fortschrittlichen Volkspartei ohne lokale Sonderorganisationen und obligatorische Beitragsleistung vor. Nach längerer Debatte entschied sich die Konferenz prinzipiell für diesen Entwurf. Sie setzte ihm entsprechend einen Zentralausschuß von neun Personen ein, der die organisierten weiblichen Mitglieder

der Fortschrittlichen Volkspartei nach außen und dem Parteivorstand gegenüber zu vertreten hat. Er hat durch ständige Verbindung mit der fortschrittlichen Fraktion im Reichstage und im preussischen Landtage darauf hinzuwirken, daß dort die besonderen aktuellen Frauenforderungen geltend gemacht werden. Er leitet die Propaganda und verwaltet den Agitationsfonds. Vertrauenspersonen halten die Verbindung zwischen dem Zentralausschuß und den weiblichen Parteimitgliedern aufrecht. Sie werden entweder von den weiblichen Mitgliedern der einzelnen fortschrittlichen Parteivereine gewählt oder — wo lokale Organisationen fehlen — vom Zentralbeziehungswesen vom Landesauschuß ernannt. Der Zentralausschuß hat seinen Sitz in Berlin; als seine Vorsitzende wurde Fräulein Zieg gewählt. Das Ergebnis der Konferenz zu Frankfurt ist somit die feste äußere Eingliederung der liberalen Frauen — bei Sicherung der notwendigen Bewegungsfreiheit — in die Fortschrittliche Volkspartei, nicht minder aber ihr innerer Anschluß an diese auf Grund eines prinzipienlosen Opportunismus. Die bürgerliche Frauenrechtelei befindet sich auf dem Vormarsch nach rechts. Das trat — wie der folgende Artikel beweisen wird — bei den Heidelberger Beratungen noch schärfer zutage.

Ende des Werftarbeiterstreiks.

Der Kampf auf den Seeschiffswerften hat eine unerwartete Wendung genommen. Jeder, der seinen bisherigen Verlauf aufmerksam verfolgte, mußte annehmen, daß die Metallindustriellen ihre Aussperrungsdrohung wahr machen würden, um die Arbeiter der Seeschiffswerften bedingungslos in das alte Joch zurückzuzwingen. Die am Kampfe beteiligten und die in den Metallbetrieben beschäftigten Arbeiter rechneten mit Bestimmtheit auf einen außerordentlich schweren, die ganze deutsche Industrie erschütternden Kampf. Denn man hielt es für ausgeschlossen, daß die Werftbesitzer den Arbeitern insbesondere in bezug auf Lohnerhöhung und Arbeitszeitverkürzung Entgegenkommen zeigen würden. Zu dieser Überzeugung mußte man kommen, wenn man die bestimmten Erklärungen der Werftbesitzer als bare Münze nahm, und das mußte man, weil die Werftbesitzer bisher noch niemals von derartig bestimmt abgegebenen Erklärungen abgewichen sind. Nach den in der Öffentlichkeit bekannt gewordenen Erklärungen des „Gesamtverbandes der deutschen Metallindustriellen“ hat die Gruppe der Seeschiffswerften von ihm Hilfe erbitten, und der Metallindustriellenverband beschloß hierauf, 60 Prozent der Arbeiter der dem Verband angeschlossenen Metallindustrie am 8. Oktober auszusperrn, falls bis dahin die Arbeit auf den Werften nicht wieder aufgenommen sei. Gleichzeitig wandte sich aber der Metallindustriellenverband an die in Frage kommenden Arbeiterorganisationen und erklärte sich zu einer Aussprache über die Arbeitsverhältnisse auf den Seeschiffswerften bereit. Am 26. September begannen nun regelrechte Verhandlungen mit den Arbeiterorganisationen. Sie zogen sich bis zum 6. Oktober ununterbrochen hin und führten zu einem von einer Werftkonferenz gebilligten Ergebnis. Es ist das das erste Mal, daß der Verband der Metallindustriellen in offizielle Verhandlungen mit den Arbeiterorganisationen eingetreten ist, und er ist dabei auch nur dem Zwange der Verhältnisse gefolgt. Die Metallindustriellen konnten eine derartige Aussperrung im gegenwärtigen Zeitpunkt nicht wagen, wenn sie bei der aufsteigenden Konjunktur ihre Absatzmöglichkeiten auf dem Weltmarkt nicht gefährden wollten. Denn daß die Arbeiter entschlossen waren, die Aussperrung von 60 Prozent der Beschäftigten mit Gegenmaßnahmen zu beantworten, darüber war man sich im Lager der Unternehmer inzwischen klar geworden, und daß der Kampf nicht in wenigen Wochen durch Unterwerfung der Arbeiter beendet sein würde, das verbürgte die Stärke der in Betracht kommenden Gewerkschaften, vor allem die des Metallarbeiterverbandes. Der Metallindustriellenverband zog es deshalb vor, seine Mitglieder vom „Verein der Seeschiffswerften“ zum Nachgeben zu bewegen. Daß man damit bei den Werftbesitzern keinen leichten Stand gehabt hat, davon sind wir fest überzeugt. Muß man doch in Betracht ziehen, daß die Werftbesitzer sich vollständig festgelegt hatten. Wir erinnern nur an das Schreiben vom 26. Juli d. J., worin die Gruppe deutscher Seeschiffswerften in bezug auf die Arbeiterforderungen sagte:

„Wir weisen darauf hin, daß noch in der letzten Zeit die für Neubauten erzielten Preise im Kriegsschiffbau wie im Handelsschiffbau so niedrig sind, daß eher eine Ermäßigung als eine Erhöhung der Löhne daraus resultieren sollte.“

Die 1907 eingeführte Verkürzung der Arbeitszeit auf 57 resp. 56 Stunden hat noch nicht bewiesen, daß dadurch die Arbeitsleistungen der Arbeiter entsprechend größer geworden sind, so daß die Werften nicht daran denken können, sich auf weitere Arbeitszeitverkürzungen einzulassen."

Jetzt haben die Werften trotzdem eine Arbeitszeitverkürzung, wenn auch in geringem Umfang, und eine annehmbare Lohn-erhöhung zugestehen müssen, und worauf die Arbeiter ganz besonders Gewicht legen, es sind Mindesteinstellungslohne vereinbart und festgelegt worden. Das hatte der Metallindustriellenverband bisher immer aus „Prinzip“ abgelehnt. Nachdem er jetzt auf den Werften von diesem seinem Prinzip abgewichen ist, wird er auch in den übrigen Betrieben seinen bisherigen Standpunkt in dieser Frage nicht mehr aufrecht erhalten können.

Aber auch in materieller Beziehung sind die den Werftbesitzern aberzwungenen Zugeständnisse nicht zu unterschätzen. Die über Einstellungslohne und Lohnerhöhung getroffene Vereinbarung lautet:

„Die Einstellungslohne bei den hamburgischen Werften der Gruppe deutscher Seeschiffswerften werden bei Wiederaufnahme der Arbeit um 2 Pf. erhöht mit der Maßgabe, daß der niedrigste Einstellungslohn irgend eines volljährigen Arbeiters 40 Pf. pro Stunde beträgt. Außer dieser Konzession in den Einstellungs-
Löhnen wird eine Lohnerhöhung für alle Arbeiter um 2 Pf. pro Stunde bewilligt. Dieselben Zugeständnisse machen die nicht-hamburgischen Werften der Gruppe deutscher Seeschiffswerften, jedoch mit der Einschränkung, daß der niedrigste Einstellungslohn für diese Werften der örtlichen Vereinbarung vorbehalten bleibt.“

Und in bezug auf die Arbeitszeit wird gesagt:

„Ferner wird ab 1. Januar 1911 eine Verkürzung der Arbeitszeit zugestanden:

- a. Bei den hamburgischen Seeschiffswerften auf 56 Stunden die Woche.
- b. Bei allen außerhamburgischen Seeschiffswerften (soweit sie der Gruppe deutscher Seeschiffswerften angehören), auf 56 Stunden die Woche.

Der Ausgleich dieser Zeitverkürzung erfolgt durch eine Zulage von einem weiteren Pfennig auf den Stundenlohn.“

Dazu ist zu bemerken, daß in Hamburg bisher eine 56stündige und in den übrigen Werften eine 57stündige wöchentliche Arbeitszeit üblich war.

Die Einstellungslohne sind für Hamburg bereits für alle Branchen festgelegt; sie bewegen sich zwischen 40 und 54 Pf. pro Stunde. Da der niedrigste Einstellungslohn 40 Pf. betragen soll und die Löhne aller Arbeiter auf diesen Satz gebracht werden müssen, bedeutet dieses, daß die Löhne einer großen Anzahl nicht gelernter Arbeiter eine sofortige Zulage von 8 Pf. pro Stunde erhalten.

Weitere Zugeständnisse wurden gemacht für die Auszahlung der Akkordüberschüsse, die Nachprüfung von Akkordpreisen; ferner soll die Lohnzahlung wöchentlich, und zwar am Freitag stattfinden — eine Anzahl Werften hatte bisher noch 14 tägige Zahlung. Weiter wurde anerkannt ein Aufschlag für Überstunden und Sonntags- wie Nachtarbeit, der 25 resp. 50 Prozent des Stundenlohnes betragen soll.

Ein besonders wichtiges Zugeständnis erblickten die Arbeiter noch darin, daß die Arbeiterausschüsse der Werften in Zukunft auf Grund des § 134h Absatz 4 der Gewerbeordnung, und zwar durch Verhältniswahl gewählt werden sollen. Bisher wurden dieselben gewählt auf Grund desselben Paragraphen Absatz 1 durch die Generalversammlung der Betriebskrankenkassen, denen nur eine geringere Anzahl Arbeiter angehören. Dadurch kam es, daß die Arbeiterausschüsse in vielen Fällen von Leuten besetzt waren, die alles andere nur nicht die Interessen der Arbeiter mit Entschiedenheit vertraten. Festgesetzt wurde dann noch, daß „günstigere Arbeitsbedingungen durch die getroffenen Vereinbarungen nicht berührt werden“ und „widersprechende Arbeitsordnungen mit den Grund-
sätzen in Einklang zu bringen sind“.

Die Konferenz der Arbeiter aus den Werftorten vom 6. Oktober erkannte an, daß die Zugeständnisse gegen den bisherigen Zustand eine wesentliche Verbesserung bedeuten. Besonderer Wert wurde aber darauf gelegt, daß die Werften gezwungen wurden, den Arbeitern ein Mitbestimmungsrecht bei den Lohn- und Arbeitsbedingungen einzuräumen, das sie bisher immer entschieden verweigert hatten. Den Vereinbarungen wurde gegen wenige Stimmen zugestimmt. Als die Arbeiter an den einzelnen Werftorten Stellung zu dem Ergebnis der Verhandlungen nahmen, zeigte es sich, daß ihr Kampfesmut nicht im geringsten geschwächt war. Viele haben die gemachten Zugeständnisse durchaus nicht für befriedigend angesehen. Nur gegen starke Minderheiten wurde an den meisten Orten die Wiederaufnahme der Arbeit beschlossen; in Bremen sprach

sich sogar eine starke Mehrheit, allerdings nicht die dazu erforderliche Dreiviertelmajorität, für Fortführung des Streiks aus. Immerhin hätte jetzt der Wiederaufnahme der Arbeit nichts im Wege gestanden, wenn nicht die einzelnen Unternehmer versucht hätten, durch schofle Manipulationen die Zugeständnisse ihrer Vertreter zu verkürzen. Sie wollten die Überverdienste aus den durch den Kampf unterbrochenen Akkordarbeiten nicht auszahlen, ebenso versuchten sie, sich um die Wiedereinstellung aller Arbeiter, die in den Streik getreten waren, zu drücken. Daraufhin blieben die Arbeiter den Werften noch fern. Neue Verhandlungen wurden aufgenommen; in diesen wurden die den Arbeitern gemachten Zugeständnisse voll gesichert.

So ist denn ein Kampf beendet, auf den die beteiligten Arbeiter mit Befriedigung zurückblicken können. Die Kämpfer werden erhobenen Hauptes auf ihre Arbeitsplätze zurückkehren. Die Willkür der Werftbesitzer ist gebrochen, und die Arbeiter werden zu den erlangten Rechten neue für sich beanspruchen. Dazu haben sie ihre gute Organisation, die sie noch weiter ausbauen werden. Die gesamte deutsche Arbeiterschaft aber kann sich des Erfolges mit freuen, denn die größte deutsche Scharfmacherorganisation wurde zum Nachgeben gezwungen. g. b.

Die Wiener Arbeiterinnen gegen die Steuerung.

I. K. In Kopenhagen haben die deutschen und die österreichischen Genossinnen in einer internen Sitzung auch die notwendigen Aktionen gegen die Fleischsteuerung erörtert, und der Wunsch wurde laut, gemeinsam gegen das gemeinsame Übel vorzugehen. Die Proletarierinnen des Deutschen Reiches und die von Österreich im gemeinsamen Kampfe gegen die agrarische Volksauswucherung, gegen die die Armen schwer belastenden Lebensmittelpreise, gegen die Grenzsperrung. Es wäre gewiß ein imposanter Augenblick in der Geschichte der internationalen Arbeiterinnenbewegung. Während die Genossinnen in Kopenhagen verhandelten, wurde aber in Wien schon beschlossen, eine große, umfassende Demonstration gegen die Steuerung vorzubereiten, und als unsere Genossinnen nach Wien zurückkamen, blieb ihnen nur die Aufgabe, sich sofort in Reich und Glied zu stellen, um für die geplante Demonstration das weibliche Proletariat zu mobilisieren. Tag um Tag wurden Versammlungen abgehalten. In Massen strömten die Frauen herbei, und es gab endlich wieder Frauenversammlungen, in welchen Männer keinen Platz fanden. In Wien allein haben in den letzten zweieinhalb Wochen ungefähr 70 Frauenversammlungen stattgefunden. Aber auch in den Volks- und Werkstättenversammlungen wurde für die Teilnahme der Frauen an der Demonstration agitiert. Es wurde überall, auch in der Parteipresse, die Parole ausgegeben, daß nur kleine Kinder und die Pflege von Kranken zum Zuhausebleiben berechtigen. So wie in Wien wurde auch in der Provinz agitiert. Viele Städte wollten mit Wien zugleich die Demonstration machen. Einige Städte, wie Graz und Salzburg, hatten schon am 25. September Straßendemonstrationen, und allerorts wurde hervor-
gehoben, daß nie vorher eine so starke Beteiligung der Frauen zu verzeichnen war. Die Organisation der Genossinnen war überall wirksam, man merkt, daß Österreich endlich eine politische Arbeiterinnenorganisation hat.

Am 2. Oktober stand ganz Wien im Zeichen der sozialdemokratischen Demonstration. Die gesamte Öffentlichkeit war erregt. Auch einige bürgerliche Vereinigungen, darunter die Hausfrauenorganisation, hatten beschlossen, sich dem Zug der Sozialdemokraten anzuschließen. Um 1/6 Uhr früh wurde in vielen Bezirken von radfahrenden Genossen Tagesrevue geblasen. Plakate wurden herumgetragen: Auf zur Demonstration für billiges Fleisch. Von 9 Uhr an konnte keine Trambahn mehr in die innere Stadt gelangen; der Menschenandrang war so groß, daß der Verkehr nicht aufrecht zu halten war. Und aus den Vororten kam das Proletarierheer. In zwölfer, später in zwanziger Reihen marschierte es heran. An der Spitze aller Züge gingen die Frauen. Es waren stattliche Reihen von Proletarierinnen, die da aufmarschierten. Die politisch organisierten Genossinnen eines jeden Bezirkes hatten eigene Standarten. Auch die Heimarbeiterinnen kamen in starker Zahl mit ihren Fahnen. Bei manchen Bezirken marschierten 800 bis 900 Frauen mit. Und einundzwanzig Bezirke hat Wien. Darunter freilich auch solche, in denen das Proletariat nur schwach vertreten ist, und deren Züge dann nicht mehr als 100 Frauen zählten. Viele Arbeiterinnen gingen nicht mit den Frauen, sondern mit ihren Gewerkschaften. In Betracht kommt

auch, daß die Teilnehmer an der Demonstration damit rechnen mußten, daß sie vier bis sechs Stunden auf den Füßen sein würden. Es gab Bezirke, die um 8 Uhr wegmarschierten und um 1 Uhr nach Hause kamen. Am Karlsplatz, wo sich die Bezirke aufstellten, um auf die Ringstraße zum Rathaus zu marschieren, mußten manche eine Stunde und länger stehen, bis es wieder Platz zum Weitergehen gab. Daß da nur kinderlose Frauen oder nur solche mit größeren Kindern mit konnten, ist begreiflich. Sonst wären noch weit mehr Frauen gekommen. Aber trotz alledem fiel allgemein die große Zahl der Frauen auf. Bisher waren sie bei Demonstrationen am Sonntagvormittag nur spärlich vertreten gewesen. Den ganzen weiten Weg, den der Zug nahm, stand ein dichtes Spalier von Zuschauern. Bürgerliche Zeitungen schätzen, daß 250 000 Menschen demonstriert haben. Ein prächtiges Bild boten die zahlreichen Standarten, die oft drastische Aufschriften gegen die Regierung und gegen die Agrarier trugen. Am Rathausplatz wurden einige Ansprachen gehalten, die den Zweck der Demonstration erläuterten. Eine Resolution, die unbeschränkte Einfuhr von argentinischem Fleisch, die Öffnung der Grenzen und die Aufhebung der Lebensmittelzölle verlangte, wurde verlesen. Immer wieder wurden Arbeiterlieder gesungen, und von den Massen, die die Rampe des Rathauses besetzt hielten, wurde jeder neu ankommende Bezirk mit Hochrufen und Tüchererschwenken begrüßt.

Und die Polizei? Wie haben sich doch die Zeiten und die — Polizei gewandelt! Wir denken noch daran, wie man früher, als wir in den neunziger Jahren das Recht auf die Strafe in den Wahlrechtstämpfen zu erobern begannen, gebrüllt hat: „Zurück!“ und dabei Pässe und Stöße nicht sparte. Wie man auch einzelne immer wieder mit dem Säbel in der Faust zum „Auseinandergehen“ aufforderte. Wir vergessen nicht, wie oft Blut die Straßen Wiens färbte, wie man Frauen niederritt und niedertrampelte. Wie man die Polizeiarreste mit Demonstranten füllte, die Pfui gerufen hatten, und wie man das Tragen von jedem auch noch so unscheinbaren roten Fähnchen für das schwerste Vergehen gegen den Staat hielt. Nun hört man's anders: Ein höfliches, sanftes: „Bitte, bitte, meine Herrschaften!“ wenn irgendwo eine kleine Stauung eintrat. Keine Bevormundung, kein Säbelraseln, keine Manieren à la Noabit mehr.

Der lange Wahlrechtstampf hat dieses Erziehungswerk vollbracht. Und jetzt hat der Kampf gegen die Lebensmittelerhöhung begonnen. Nicht umsonst wollen wir das Wiener Proletariat auf die Strafe gerufen haben. Die Wiener Arbeiterinnen und die Arbeiterfrauen ganz Österreichs haben am Sonntag, am 2. Oktober, bekundet, daß sie entschlossen sind, die Hungerpolitik, zu der sich die Regierung von den agrarischen Parteien hegen läßt, gemeinsam mit den Männern zu bekämpfen. — Bürgerliche Hausfrauen hatten sich dem Zuge der sozialdemokratischen Demonstration angeschlossen. Sie sind am Rathausplatz erschienen, als unsere letzten Truppen ihn verlassen hatten. Auch die bürgerlichen Frauen hielten einige Reden und bekundeten ihren Willen, den Kampf gegen die Teuerung weiterzuführen.

a. p.

Erfolgreicher Ausgang des Lohnkampfes in der Nürnberger Bleistiftindustrie.

Wenn auch erst nach elendlicher Dauer, so kam diese bedeutungsvolle Bewegung doch noch schneller zu einem erfolgreichen Abschluß als derjenige erwartete konnte, der die Verhältnisse kennt. Es galt, Millionären, Leuten, die bis dahin gewohnt waren, in ihren Betrieben zu befehlen, Zugeständnisse abzutrotzen, die ihre Machtbefugnisse erheblich einschränkten. Der Kampf wurde geführt mit einer Truppe, die das erstmalig im Feuer stand, die zum weitläufigsten Teile aus Arbeiterinnen bestand, aus Arbeiterinnen, die bis dahin getrennt in einzelnen Fabriken vieles über sich ergehen ließen, ohne zu murren. Den Arbeiterinnen traute die Kapitalprohen es nimmermehr zu, daß sie einen längeren Kampf geschlossen führen könnten. Sie rechneten beim Beginn des Kampfes damit, daß eine größere Anzahl Lohnsklaven in den Fabriken zurückbleiben, oder aber bald wieder dorthin zurückkehren würde. Sie hatten sich getäuscht. Bei der Firma Faber, wo es zuerst zur Arbeitseinstellung kam, blieben nur alte und invalide Arbeiter zurück, und die übrigen Fabriken wurden vollständig leer. Aber die Fabrikanten ließen die Hoffnung nicht sinken, daß wenigstens nach einigen Wochen viele der Kämpfenden in die Betriebe zurückkehren würden. Die Herren glaubten dann den Schaden, den einige Wochen Kampf verursachten, durch vermehrte Ausbestellung wieder hereinbringen zu können. Sie waren ja zu einigen Zugeständnissen bereit, lehnten aber besonders die Sicherung eines bestimmten Verdienstes für die einzelnen Arbeiterkategorien mit Entschiedenheit ab. Mindestlöhne und Sicherung

eines Mindestverdienstes bei Akkordarbeit wollte man nicht bewilligen. Durch diese Verbesserungen hätte man sich ja der Möglichkeit begeben, die gemachten Zugeständnisse wieder illusorisch zu machen durch Entlassung der höher entlohten und Einstellung schlecht bezahlter Arbeiter und durch Veränderung in der Produktionsweise mit entsprechender „Revision“ der Akkordpreise, die gleichbedeutend mit Reduktion derselben gewesen wäre. Die Hoffnungen der Fabrikanten erfüllten sich jedoch nicht. Woche für Woche ging dahin, ohne daß sich auch nur ein einziger Arbeitswilliger in den Betrieben sehen ließ. Wiederholt wurde von den städtischen Behörden versucht, eine Einigung in die Wege zu leiten. Vergeblich, die Fabrikanten glaubten auf ihrem ablehnenden Standpunkt, insbesondere betreffs der Mindestlöhne stehen bleiben zu können, und lehnten darum auch jede Vermittlung ab. Erst nachdem zehn Wochen vorüber, nachdem jede Hoffnung geschwunden war, daß die Arbeiterinnen und Arbeiter sich beugen würden, bequamen sich die stolzen Millionäre zum Nachgeben. Das erstmal, daß die Bleistiftbarone von der Gewerkschaft zur Kapitulation gezwungen wurden, daß sie sich herbeiließen, mit den Arbeitern die Lohn- und Arbeitsbedingungen durch Vertrag zu regeln. Und in diesem Vertrag haben sie alles das, was sie noch vor wenigen Wochen mit Entschiedenheit verweigerten, zugestehen müssen, auch die Mindestlöhne. Diese betragen für die Woche bei Taglohn für

Arbeiterinnen	
über 22 Jahre bei 56 stündiger Arbeitszeit	12,32 M.
„ 18 „ „ „ „	11,76 „
„ 16 „ „ „ „	8,96 „
„ 14 „ „ „ „	7,84 „
Arbeiter	
über 22 Jahre bei 56 stündiger Arbeitszeit	20,16 M.
„ 18 „ „ „ „	19,60 „
„ 16 „ „ „ „	15,12 „
„ 14 „ „ „ „	11,76 „

Der Mindestakkordlohn für Arbeiterinnen von 16 bis 18 Jahre beträgt 11,50 M. und für solche über 18 Jahre bis zum 1. Juli 1911 14 M., von da ab 14,50 M.; vom 1. Juli 1912 ab 15 M. und vom 1. Juli 1913 ab 15,50 M. Für Arbeiter ist der Mindestlohn wie folgt festgesetzt: von 16 bis 18 Jahren auf 11,50 M. pro Woche, für Arbeiter über 18 Jahre von jetzt ab auf 23 M., vom 1. Juli 1911 ab auf 24 M., vom 1. Juli 1912 ab auf 24,50 M. und vom 1. Juli 1913 ab auf 25 M. pro Woche. Ferner wurde festgelegt, daß „bei jeder wesentlichen Änderung der Fabrikationsweise eine neue Verabredung der Akkordsätze stattfinden soll. Als Grundlage für die Neuvereinbarung soll dabei gelten, daß nach dem neuen Verfahren die Arbeiter mindestens auf gleiche Wochenverdienste kommen, wie sie dieselben bis dahin gehabt haben.“ Durch diese Haftung und durch die festgelegten Mindestlöhne ist die Sicherung gegen ein Herabdrücken der Löhne gegeben, vor allen Dingen dann, wenn die Organisation intakt ist und die nötige Kontrolle übt.

Die Löhne selbst werden für alle Arbeiterinnen und Arbeiter bei den Firmen Johann Faber und Gebrüder Schwanhäuser sofort um mindestens 10 Prozent und bei Städtler und der Lyrableistfabrik um mindestens 5 Prozent erhöht, während in allen vier Fabriken eine weitere Erhöhung von mindestens 5 Prozent vom 1. Juli 1912 stattfindet. Hierbei ist zu bemerken, daß in einer ganzen Anzahl Sparten Lohnerhöhungen von 15 bis 40 Prozent eingetreten sind, und daß die 5 resp. 10prozentige Lohnerhöhung nur für die Branchen bewilligt worden ist, wo bisher schon höhere Lohnsätze gezahlt wurden.

Die Arbeitszeit in allen Fabriken wurde auf 56 Wochenstunden verkürzt. Der Vertrag sieht dann noch Aufschläge von 25 Prozent für Überstunden vor, wie auch ein Schiedsgericht für Streitfälle, die sich aus dem Vertrag ergeben; ferner bestimmt er, daß Arbeiterinnen und Arbeiter unter 16 Jahren nicht in Akkord beschäftigt werden dürfen. Alles in allem ein schöner Erfolg, auf den insbesondere die Arbeiterinnen stolz sein können, denn ihrer Einigkeit und ihrem Eifer ist die glückliche Beendigung des Kampfes zu danken. Und der moralische Erfolg wiegt noch weit schwerer als der materielle; er wird bei der Agitation unter den Nürnberger Arbeiterinnen von großer Wirkung sein. Wir beglückwünschen die tapferen Streiter zu ihrem wohlverdienten Sieg.

g. h.

Aus der Bewegung.

Von der Agitation. Für den Saalekreis hatte der Vorstand des sozialdemokratischen Vereins in Halle a. S. in den Orten Camina, Lößebun, Schleuditz, Wöllberg, Wörnitz,

Ammdorf und Döla Frauen- und Volksversammlungen einberufen mit der Tagesordnung: „Die Frau als Mutter, Arbeiterin und Staatsbürgerin im Zeitalter der raffiniertesten Lebensmittelteuerung“. Referentin war die Unterzeichnete. Die Versammlungen waren außerordentlich gut besucht, ein Zeichen, daß die Frauen von unseren heutigen Verhältnissen immer mehr dazu gedrängt werden, sich mit öffentlichen Angelegenheiten zu befassen. In Böllberg-Wörnitz befanden sich gerade die Mühlenarbeiter und die Arbeiter eines Röhrenwerkes wegen einer Lohnerhöhung von einigen Pfennigen im Ausstand. Der Andrang zur Versammlung war außerordentlich stark: Versammlungsort, Saal, Garten, Hof und Straße, alles war gedrängt voll von Menschen. In der Debatte, die sich nach dem Referate entspann, forderte der Leiter der Bewegung der Mühlenarbeiter, Genosse Käppler-Altenburg, in begeisterten Worten die Frauen auf, ihre Männer im Kampfe zu unterstützen. Seine Worte machten einen tiefen Eindruck auf die anwesenden Proletarierinnen. Die Versammlung schloß mit den Klängen der Internationale. Den Behörden des Saalekreises schienen die Versammlungen große Besorgnis einzufloßen, denn stets war ein ansehnliches Polizeiaufgebot auf dem Platze. In Ebbejün wurde sogar die Feuerwehr alarmiert, was auf eine große Nervosität der Behörden schließen läßt.

In Halle a. S. veranstaltete die Zahlstelle des Dienstbotenverbandes eine Versammlung, in der die Unterzeichnete über „Die Not der Dienstboten“ referierte. Die Versammlung war recht gut besucht. Unter den Anwesenden befanden sich einige Damen. Auch zu dieser Veranstaltung hatten sich trotz des neuen Reichsvereinsgesetzes drei Polizisten eingestellt. Dieses Vorgehen der Behörden wurde von der Vorsitzenden Genossin Külle und von der Unterzeichneten scharf gerügt. Vom Verband ist Beschwerde gegen die ungeschickliche Maßregel eingereicht worden. Mögen die Behörden mit ihrer Taktik der Nadelstiche fortfahren. Sie tragen dadurch nur zur Aufklärung bei.

Marie Wackwitz. In einer öffentlichen Frauenversammlung sprach Genossin Lungwitz-Berlin über die Kaiserrede und die Arbeiterbewegung. Trotzdem in den letzten Wochen hier mehrere gut besuchte Versammlungen stattgefunden hatten, wies auch diese Versammlung eine sehr starke Beteiligung auf. Die Rednerin führte aus, daß die Königsberger Rede des Kaisers durch das Bekenntnis zum Absolutismus die Arbeiterklasse herausfordere. Doch vor allem müßten die Frauen gegen die Rede protestieren. Der Hunger treibe die Frauen in die Politik, aus der sie der Kaiser verweise. Nicht nur als Erwerbstätige im Dienste des Kapitals, sondern auch gerade als Mutter und Hausfrau, ihre angebliche Hauptaufgabe erfüllend, werde die Frau heute gezwungen, am öffentlichen Leben, am politischen Kampfe teilzunehmen. Bei 18 Millionen Marktzwillingen brauche sich allerdings die Kaiserin nicht den Kopf zu zerbrechen über die Führung des Haushaltes, aber die Arbeiterin dränge die Not und Sorge um das immer teurer werdende tägliche Brot in die Öffentlichkeit. Und an die Öffentlichkeit muß die Frau mit ihren Forderungen. In der Öffentlichkeit, in Versammlungen müssen die Frauen protestieren gegen die das Volk auswuchernde Wirtschaftspolitik der Regierung. In politischen Organisationen zusammengeschlossen, Schulter an Schulter mit den Männern müssen die Frauen kämpfen um ihre Rechte, die sie nicht als außerwählte Gnade des Himmels ansehen, die sie aber kraft ihrer Arbeit in Anspruch nehmen. Durch lebhaften Beifall gaben die Zuhörer ihrem Einverständnis mit der Rednerin Ausdruck. Zwanzig weibliche und neun männliche Mitglieder konnten neu aufgenommen werden. Fast 150 weibliche Mitglieder zählt jetzt die politische Organisation. Vorwärts heißt auch hier die Parole, wir müssen noch diesen Winter die Zahl 200 überschreiten.

In Marburg ist die Zahl der politisch wie der gewerkschaftlich organisierten Frauen leider noch sehr gering. Dies hat vor allem darin seinen Grund, daß Marburg keine Industriestadt ist, so daß die starken, aufrüttelnden Antriebe fehlen, welche die Proletarierinnen zum selbständigen Denken bringen und ihr Interesse für die Allgemeinheit wecken. Zwar besteht seit kurzem eine Dienstbotenorganisation, doch gewinnt sie wegen der allgemeinen Indifferenz nur langsam Boden. Es läßt sich nicht leugnen, daß die politische Agitation unter den Frauen in Marburg keine so günstigen Bedingungen vorfindet wie in vielen anderen Orten. Doch fehlt es, wie im ganzen Deutschen Reiche, auch hier keineswegs an Anknüpfungspunkten für die Propaganda des Sozialismus unter den Frauen. Sind es doch gerade die Frauen, die besonders unter den drückenden Zoll- und Steuerlasten zu leiden haben, die durch die Reichsfinanzreform erheblich schwerer geworden sind. Die Lebenshaltung wird immer kostspieliger, während die Arbeitslöhne nicht im entsprechenden Maße steigen. Die Forderung auf Er-

höhung der Zivilliste hielten die Unternehmer in Anbetracht der herrschenden Teuerung für berechtigt. Beanspruchen die Arbeiter das gleiche Recht, so soll auf einmal von Teuerung nichts mehr zu verspüren sein. Die Lohnslaven des Kapitals müssen sich jedes Mehr ihres Verdienstes in oft langwierigen Kämpfen ertrogen. Fangen die Frauen erst einmal an, über alle diese Zustände nachzudenken, so sind sie auf dem besten Wege zum Sozialismus. Sie anzuregen und aufzuklären, ist vor allem Pflicht der Genossen. Leider wird sie noch nicht von allen verstanden und geübt. So kommt es, daß durchaus nicht alle Frauen von Parteigenossen als überzeugte Befürworterinnen des Sozialismus organisiert sind. Der eine entschuldigt sein Versäumnis damit, er könne nicht auch noch für seine Frau den Beitrag bezahlen. Der andere wendet ein, sie könnten nicht beide zugleich von zu Hause abkommen, um die Versammlungen zu besuchen. Der doppelte Beitrag wäre leicht aufzubringen, wenn sich der eifrige Parteigenosse entschließen könnte, im Monat nur zwei Glas Bier weniger zu trinken. Das größere Hindernis, daß Mann und Frau nicht zu gleicher Zeit das Haus verlassen können, wäre durch Veranstaltung von besonderen Frauenversammlungen zu beseitigen. Bei einigem guten Willen kann so manches andere Hemmnis noch überwunden und der Frau die Möglichkeit zur Beteiligung am politischen und gewerkschaftlichen Leben verschafft werden. Dieser gute Wille muß bei allen geweckt werden, die ein Interesse daran haben, daß die ausgebeuteten Massen des Volkes für ihre Befreiung kämpfen. Das Verständnis und die Mitarbeit der Frauen sind für die kämpfenden Proletarier unentbehrlich, daher darf kein Mittel unversucht bleiben, um auch in noch rückständigen Gegenden und Orten die Frauen aufzuklären und den Organisationen zuzuführen. Es ist das Pflicht aller führenden Genossen und Genossinnen. Helfen alle zusammen, die in dieser Beziehung etwas leisten können, so wird es auch in Marburg bald mit der proletarischen Frauenbewegung vorwärts gehen. D. Br.

Eine öffentliche Frauenversammlung fand in Magdeburg am 21. September d. J. im Saale des „Sachsenhof“ statt. Die Genossin Köhler-Dresden, welche aus Anlaß des sozialdemokratischen Parteitags hier weilte, sprach über des Kaisers Zivilliste, die Königsberger Kaiserrede und die Fleischteuerung. Der Erfolg ihrer äußerst wirkungsvollen Rede war, daß sich 24 Frauen in den sozialdemokratischen Verein aufnehmen ließen. Doch hätte der Besuch der Versammlung ein besserer sein können.

Berta Brieske. Von den Organisationen. Im vierten, fünften und sechsten sächsischen Wahlkreis fand eine Versammlung der weiblichen Parteimitglieder statt, in der die Delegierten vom Internationalen Kongress und der sächsischen Landesversammlung Bericht erstatteten. Genossin Gradnauer referierte über die Internationale Frauenkonferenz in Kopenhagen. Da die Beratungen in der Presse eine eingehende Erörterung erfahren haben, ist eine Wiederholung des Berichtes überflüssig. Genossin Gradnauer besprach des weiteren den Internationalen Kongress und beschäftigte sich eingehend mit allen Verhandlungsgegenständen, die für die Frauen besonderes Interesse besitzen. In der Genossenschaftsfrage vertrat sie die Ansicht, daß, wenn in Sachsen eine Million Genossen Mitglieder der Konsumvereine sind, wir auch das Recht haben, sozialistischen Geist in diese Organisationen zu tragen. Ein Teil der Überschüsse der Vereine sollte für die Bildung der Genossen zurückgestellt und für die Unterstützung von Arbeitslosen verwendet werden. Selbstverständlich hätten die Genossenschaften auch alle gewerkschaftlichen Forderungen zu erfüllen. — Über die Landesversammlung in Leipzig berichtete Genossin Wackwitz. Sie hob hervor, daß das Zentralkomitee nach seinem Bericht zwar von der Entwicklung der Bewegung noch nicht befriedigt sei, daß jedoch trotz der hinter uns liegenden Krise ein guter Fortschritt konstatiert werden könne. Die Rednerin beschäftigte sich sodann eingehend mit der Schulreform. Sie erklärte, daß die jetzt kämpfende Generation des Proletariats für ihre Kinder an Bildung fordern müsse, was ihr selbst verweigert worden ist. Die Referentin pflichtete der Ansicht des Genossen Göhre bei, daß jeder aus der Kirche austreten müsse, wer innerlich mit ihr gebrochen habe. Beide Referate wurden mit großem Beifall aufgenommen. Die Versammlung wurde geschlossen mit der Aufforderung der Vorsitzenden, das Gehörte zu beherzigen.

Marie Wackwitz. Eine Frauenkonferenz für die Provinz Schleswig-Holstein und das Fürstentum Lübeck tagte auf Veranlassung der Agitationskommission in Neumünster. Alle Kreise der Provinz mit Ausnahme des neunten waren auf der Konferenz vertreten, an der 38 Delegierte teilnahmen, darunter eine aus Lübeck (Stadt), vier Mitglieder der Agitationskommission, sechs Gäste und Genossin Zieh als Mitglied des Parteivorstandes. Genossin Zieh hielt nach Eröffnung der Konferenz durch den Genossen Bartels eine kurze

Begrüßungsansprache. Mit der Leitung der Konferenz wurden die Genossinnen Niendorf-Kiel, Leu-Schwartau und Schröder-Wandsbeck betraut. Über die Internationale Frauenkonferenz, die als erster Punkt auf der Tagesordnung stand, berichtete Genossin Baumann. Darauf folgte eine lebhafte Diskussion, die sich hauptsächlich mit der Propaganda für das Frauenwahlrecht befaßte. Im Verlauf der Diskussion bemängelte Genossin Zieh, daß im Bezirk — von Altona abgesehen — ein im Auftrage des Parteivorstandes und der Generalkommission herausgegebenes Flugblatt nicht verbreitet worden ist, in dem das Frauenwahlrecht zu den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten gefordert wird. Sie erinnerte daran, daß bei den Vorstands- und Vertreterwahlen der Krankenkassen die Frauen ihr Wahlrecht ausüben sollen. Die Agitation müsse daher auch auf diesem Gebiet einsetzen, und das um so eifriger, als bis jetzt das in Frage kommende Wahlrecht das einzige ist, das in Deutschland die Frauen besitzen. Genosse Bartels gab seiner Überzeugung Ausdruck, daß in dem Agitationsbezirk mindestens ebensoviel geschehen sei wie anderswo. Er ist aber auch der Ansicht, daß die Agitation für das Frauenwahlrecht nie erlahmen dürfe. Seiner Meinung nach werden der Einführung eines Frauentages zur Demonstration für das Frauenwahlrecht sich wohl große Schwierigkeiten entgegenstellen. Der Beschluß zur Entfaltung einer einheitlichen Agitation gegen die Lebensmittelteuerung sei sehr zu billigen. Genossin Leu-Schwartau und Genossin Schlomer-Lübeck (als Gast) erklärten ihr Einverständnis mit den Beschlüssen der Kopenhagener Konferenz und begrüßten besonders den Beschluß zur Einführung des Frauentages.

Als zweiter Punkt stand auf der Tagesordnung: Die Agitation und Organisation. Das einleitende Referat erstattete Genossin Baumann. Sie führte etwa folgendes aus: Die Organisationsform ist für uns durch die Beschlüsse der Frauenkonferenz und der Parteitage zu Nürnberg und Leipzig gegeben. Danach ist jede Genossin verpflichtet, der Parteiorganisation beizutreten. Welche Aufgaben haben nun die Genossinnen in der Organisation zu erfüllen, und welche Aufgaben erwachsen der Organisation aus der Mitgliedschaft der Frauen? Was viele sind geneigt zu sagen: In unserer einheitlichen Organisation kann es keine besondere Frauenfrage mehr geben. Der Mitarbeit der Frauen stehe nichts im Wege. Sie übersehen dabei, daß das politische Vereinsrecht ein neues Recht für die Frauen ist. Nur ein kleiner Teil von ihnen erkennt seine Notwendigkeit und seine Vorteile, und das, trotzdem dieses Recht aus den ökonomischen Verhältnissen erwachsen ist. Nach der letzten Berufs- und Gewerbezahlung kommen auf zwei erwerbstätige Männer eine erwerbstätige Frau. Auch für die Organisation sind die Frauen schwerer zu gewinnen als die Männer. Die Aufgabe der Genossinnen ist es, geeignete Mittel ausfindig zu machen, um die Frauen als Mitglieder zu gewinnen und die Gewonnenen zu schulen. Dieser Mittel hat sich die Organisation zu bedienen. Die Erfahrung hat gezeigt, daß dies eine Notwendigkeit ist. Daher die einschlägigen Bestimmungen des Regulativs, das in Nürnberg beschlossen wurde, und des Organisationsstatuts, die ein Sonderrecht für die Frauen darstellen. Die Referentin erörterte diese Bestimmungen und wies nach, wie nötig es sei, daß ihnen entsprechend allen Körperschaften und Kommissionen auch Frauen angehören. Nichts darf unversucht bleiben, die weiblichen Mitglieder zu tätigen Mitkämpferinnen zu machen. Nachdem die Referentin in großen Zügen ein Bild von der Entwicklung der proletarischen Frauenbewegung in Deutschland gezeichnet hatte, beschäftigte sie sich mit dem jetzigen Stand der politischen Organisation des Bezirks, die Frauen und Männer umschließt. Die Zahl der weiblichen Mitglieder hat hier eine beträchtliche Höhe erreicht. Nach dem Bericht des Parteivorstandes haben wir 5765 weibliche Mitglieder bei 89743 Mitgliedern überhaupt. Der Bezirk steht mit dieser Zahl an zweiter Stelle. Aus dieser erfreulichen Tatsache erwächst die Verpflichtung, dafür zu sorgen, daß wir nicht nur in den Büchern eine große Zahl weiblicher Mitglieder haben, die zwar durch das pekuniäre Opfer des Beitrags ihr Interesse für die Partei bekunden, sonst aber gleichgültig sind. Wir müssen diese Frauen auch in die Bewegung hineinziehen und in ihnen den persönlichen Drang wecken, selbst tätig zu sein. Die mündliche und schriftliche Agitation hat sich immer auch besonders an die Frauen zu wenden. Die öffentliche Agitation ist durch die Agitation auf der Arbeitsstätte und in der Familie zu unterstützen. Daneben muß Aufklärung über die Frauenfrage verbreitet werden durch Empfehlung passender Broschüren und Bücher, durch besondere Versammlungen weiblicher Mitglieder, öffentliche Frauenversammlungen und geeignete Vorträge in Mitgliederversammlungen. Wir müssen dafür sorgen, daß sowohl die Grundsätze als die besonderen und momentanen Forderungen unseres Programms von den Frauen verstanden und ge-

würdigt werden. Die Referentin befaßte sich eingehend mit den sozialdemokratischen Forderungen, die aus der Notwendigkeit heraus entstanden sind, für die Frau in ihrer Eigenschaft als Mutter zu sorgen, sowohl in ihrem Interesse als im Interesse des heranwachsenden Geschlechts. Neben der gemeinsamen Agitationsarbeit, an der die Genossinnen nach Kräften teilnehmen müssen, fällt ihnen noch die besondere Aufgabe zu, unter ihren Geschlechtsgenossinnen zu agitieren, für ihren Eintritt in die Organisation und für die Verbreitung der „Gleichheit“ zu sorgen. Auch die Durchführung des Kinderschutzgesetzes und der Kinderfürsorge, die Tätigkeit in der Jugendorganisation, bei der gewerkschaftlichen Organisation der Arbeiterinnen und in der Dienstbotenorganisation sind alles spezielle Pflichten der Genossinnen. Bei der Erfüllung aller dieser Aufgaben stellen sich den Frauen unendlich viele Hindernisse und Hemmungen entgegen. Aber wo ein Wille ist, ist auch ein Weg! Sind die Frauen von der Notwendigkeit ihrer Betätigung überzeugt, beseelet sie eine tiefe Begeisterung für unser hohes Ziel, dann finden sie auch die Kraft und die Zeit dazu. Diesen Willen in ihnen zu wecken, das muß unsere Aufgabe sein. — Die Diskussion, die sich an das Referat anschloß, war sehr anregend. Allseitig wurde gewünscht, daß die Verbindung der Genossinnen mit dem Frauenbureau wieder hergestellt werde, damit die weiblichen Vorstandsmitglieder besser unterrichtet werden über alle diejenigen Angelegenheiten, die für die Genossinnen von besonderem Interesse sind.

Aus der Diskussion und den Berichten der Genossinnen ist besonders erwähnenswert die eifrige Agitation der Kieler und Gaardener Genossinnen. Sie haben mit gutem Erfolg bezirksweise Hausagitation für die „Gleichheit“ und für die Organisation betrieben, die sie nur unterbrechen, wenn die wirtschaftlichen Verhältnisse zeitweilig besonders ungünstig liegen. Genossin Leu-Schwartau teilte mit, daß die Schwartauer Genossinnen bei der Gemeindevorstellung einen Antrag auf Errichtung von Krippen und Parteschulen gestellt haben. Sie beabsichtigen die ablehnende Antwort, die sie voraussichtlich erhalten, agitatorisch auszunützen. Die Altonaer Genossinnen berichteten, daß bei einer allgemeinen Hausagitation auch für die „Gleichheit“ geworben wurde. Trotz aller Mühe ist es nicht gelungen, den Abonnentenstand auf der früheren Höhe zu erhalten. Genossin Meyer-Altona wünschte, daß in der „Landpost“ Artikel erscheinen, die besonders an die Frauen gerichtet sind. Die Kinderschutzkommissionen sollen ihr Augenmerk mit auf die Ausbeutung der Kinder durch die Eltern richten.

Von verschiedenen Seiten wurde der Wunsch ausgesprochen, daß Flugblätter, die an die Frauen gerichtet sind, größere Verbreitung finden. Genossin Zieh teilte mit, daß einige solcher Flugblätter in Vorbereitung seien. Die Referentin faßte in einem Schlusswort alle Anregungen, die im Verlauf der Diskussion gegeben wurden, zusammen und forderte die Anwesenden auf, diese zu beherzigen. Mit einem dreifachen Hoch auf die internationale proletarische Frauenbewegung wurde die sehr gut verlaufene Konferenz geschlossen.

Auf der Konferenz gelangten folgende Resolutionen zur Annahme:

Resolution 1.

Die am 11. September 1910 in Neumünster tagende Frauenkonferenz für die Provinz Schleswig-Holstein und das Fürstentum Lübeck hat Kenntnis genommen von dem Beschluß der Internationalen Frauenkonferenz in Kopenhagen auf Einsetzung eines Frauentages zur Propaganda des Frauenwahlrechts. Sie spricht die Hoffnung und den Wunsch aus, daß die Parteiorganisation beschließt, den Frauentag überall zu propagieren und zur Durchführung zu bringen.

Resolution 2.

Die am 11. September in Neumünster tagende Frauenkonferenz für Schleswig-Holstein und das Fürstentum Lübeck wünscht, daß der auf der Internationalen Frauenkonferenz in Kopenhagen gefaßten Resolution, in Deutschland und Österreich öffentliche Frauenversammlungen gegen die künstlich geschaffene Teuerung zu veranstalten, möglichst schon im Oktober Rechnung getragen wird.

Resolution 3.

Die am 11. September in Neumünster tagende Frauenkonferenz für Schleswig-Holstein und das Fürstentum Lübeck spricht den Wunsch aus, die direkte Verbindung mit dem Frauenbureau dadurch wieder herzustellen, daß dem Frauenbureau die Möglichkeit gegeben wird, das den Bezirksleitungen durch den Parteivorstand zugesandte, auf die Frauen bezügliche Material an die weiblichen Mitglieder der Bezirks- respektive Kreisvorstände zu senden.

Linchen Baumann.

Politische Rundschau.

Wieder einmal hat eine Revolution die herrschenden Klassen aller Länder daran erinnert, daß ihre Herrschaft nicht für die Ewigkeit garantiert ist und daß auch „Instrumente des Himmels“ einmal in die Kumpellammer fliegen können. Das portugiesische Volk hat seinem König den Laufpaß gegeben. Der Erlkönig aus dem Hause Braganza, der seine Krone so gut wie Wilhelm II. von Gott hatte, ist ein zwanzigjähriger Jüngling; nach der monarchistischen Legende war er schon reis, ein ganzes Volk zu regieren, in Wirklichkeit aber interessierte er sich viel mehr für pikante Soubretten als für langweilige Regierungsgeschäfte. In einer einige Stunden dauernden Straßenschlacht, bei der das Volk, die Flotte und ein Teil des Heeres gegen die noch königstreu gebliebenen monarchistischen Truppen socht, brach der morsche Thron zusammen. Die Republik ward ausgerufen. Don Manuel floh schleunigst ins Ausland. Er hatte es so eilig, daß er nicht einmal genügende Kleidung mitnahm.

Was sich in Portugal vollzogen hat, ist eine Umwälzung der Verfassung zugunsten des Bürgertums. Die Arbeiterbewegung des Landes steckt noch in den Kinderschuhen. Die Miswirtschaft der Monarchie und die Auszugaung des Landes durch die massenhaften Orden hemmten eine Entwicklung der Industrie. Das gestürzte Regiment war ein System der schlimmsten Korruption. Der Hof und sein Anhang plünderte im Bunde mit der jeweilig am Ruder befindlichen Partei, mit Finanzspekulanten und den Orden die Staatskassen, während das Volk unter der Last hoher indirekter Steuern stöhnte. So hatte sich der vor zwei Jahren gestorbene Vater Manuels, Don Carlos, 27 Millionen Milreis „Vorschüsse“ auf seine Zivilliste zahlen lassen. Manuel brauchte nicht weniger Geld. Die Schule war, wie in allen Staaten, wo die Kirche herrscht, völlig vernachlässigt, der größte Teil des Volkes genoss keinerlei Unterricht. Die letzten Wortsahlen hatten den Republikanern einen in Anbetracht des üblichen Wahlschwindels großen Erfolg gebracht. Die Regierung Manuels, die sich einen liberalen Anstrich gab, wollte der republikanischen Strömung durch das Versprechen eines energischen Vorgehens gegen die Orden den Wind aus den Segeln nehmen. Aber es war zu spät, die Versprechungen fanden keinen Kredit mehr.

In dieser Revolution führte die portugiesische Bourgeoisie durch das Volk den Schlag gegen die ihr unerträglich gewordene Herrschaft und industrielle Konkurrenz der geistlichen Orden, sowie gegen die Landwirtschaft der monarchischen Clique und ihrer Parteien. Das Programm der provisorischen Regierung ist durchaus auf die Interessen der Bourgeoisie zugeschnitten. Es erschöpft sich im wesentlichen in Antiklerikalismus, Verbesserung des Schulwesens und sparsamer Wirtschaft, wobei noch lange nicht feststeht, ob dieses Programm auch durchgeführt wird. Denn bereits ist die Rede von der Notwendigkeit eines Ausbaues der Flotte und des Heeres. Da wird für Ersparnisse und Kulturaufgaben wenig übrig bleiben. Dem Arbeiter bietet das Programm so gut wie nichts, von Arbeiterschutz, Arbeiterversicherung, Koalitionsrecht wird nicht gesprochen. Ebenjowenig verlautet bis jetzt, daß die Regierung eine Verbesserung des Loses der von den Großgrundbesitzern arg ausgebeuteten bäuerlichen Pächter in Aussicht genommen hat, und doch bilden diese die Mehrheit der arbeitenden Bevölkerung. Dagegen heißt es, daß das allgemeine und gleiche Wahlrecht an Stelle des bislang geltenden beschränkten eingeführt werden soll. Dieses würde der Arbeiterschaft und den Bauern die Möglichkeit geben, für ihre Interessen im Parlament zu kämpfen, nachdem die Abschüttelung der schmarohenden Orden für die industrielle Entwicklung des Landes und für die Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit die Bahn freigemacht hat.

Zunächst hat die provisorische Regierung energisch die Austreibung der Orden und die Konfiskation ihrer in Widerspruch zu den geltenden, aber von den monarchischen Regierungen nicht angewendeten Gesetzen aufgehäuften Güter in Angriff genommen. Vielfach haben sich die Mönche, namentlich die Jesuiten, mit Waffengewalt zur Wehr gesetzt; die Klöster besaßen starke Waffenarsenale und darin standen sogar Maschinengewehre! Dieser Widerstand, der dem Volke und der Armee mehrere Blutopfer gekostet hat, brachte die Erbitterung gegen die Orden zum Überkochen. Die gesamte reaktionäre Presse Europas, die Organe des Zentrums, der Konservativen und zum großen Teil auch die versteckt-vollfeindliche angebliche unparteiische Presse hat sich darauf beeilt, die Revolution und die Republik durch übertriebene, tendenziös entstellte Schilderungen von Priesterermordungen und Klosterplünderungen, von Pöbelherrschaft und dergleichen zu diskreditieren. So hoffen diese Blätter, die bösen Wirkungen des portugiesischen Beispiels auf die

Volkstimmung im eigenen Lande abzuschwächen. Das verlogene Treiben dieser Presse ist nur ein Beweis mehr dafür, wie unsicher sich die herrschenden Klassen allüberall fühlen. Die deutsche Reaktionspresse führt dabei den Reigen, unsere Scharfmacher verweisen bei ihrer Hege gegen die Arbeiterbewegung, gegen das Koalitionsrecht und das Wahlrecht jetzt außer auf den „sozialdemokratischen Aufruhr von Moabit“ natürlich auch auf die portugiesische Revolution. Dies zeigt aufs erfreulichste, wie sehr dieser neueste Schlag gegen das Gottesgnadentum in den an diesem mittelalterlichen Plunder interessierten Kreisen gewirkt hat.

Gegen die Ausnützung der Moabiter Polizeischlachten zu reaktionären Zwecken hat sich die Arbeiterklasse inzwischen energisch zur Wehr gesetzt. In 21 überfüllten Versammlungen protestierte am Sonntag den 9. Oktober die Arbeiterschaft von Groß-Berlin gegen die Taten der Polizei, gegen die verlogenen Schauerdarstellungen der bürgerlichen Presse, insbesondere auch gegen die feige, volksverräterische, die Polizei ermutigende Haltung der angeblich linksliberalen Blätter und gegen den Hehruf der Scharfmacher nach Ausnahmegeetzen wider das Proletariat. Eingeleitet wurde diese Aktion durch die Verteilung von 975000 Flugblättern; in diesen war die Moabiter Schreckensherrschaft der Polizei und die Haltung der bürgerlichen Presse ins rechte Licht gestellt. Die Reaktionsblätter heulten vor Wut über diese Kennzeichnung und auch die linksliberale Presse geiferte über die Aufdeckung ihres schmachlichen Verfahrens. Die Polizei hatte sich auf eine neue Straßenschlacht vorbereitet, ganze Wagenladungen von Karabinern wurden an die Beamten verteilt. Das Flugblatt hat der Polizei natürlich nicht gefallen. Ein ihr nahestehendes Blatt wußte zu melden, daß dem Herausgeber, dem Genossen Ernst, der Prozeß gemacht werden solle. Jedoch ist dem Genossen Ernst bis jetzt darüber offiziell nichts bekannt gegeben worden. Der Polizeipräsident mag sich immerhin doch noch scheuen, das heiße Eisen eines solchen Prozesses anzufassen. Denn in diesem hätte der Angeklagte eine günstige Gelegenheit, durch einen umfassenden Wahrheitsbeweis das Verhalten der Polizei vor der ganzen Welt an den Pranger zu stellen. Daran dürfte Herr v. Jagow wenig Interesse haben. Allerdings steht er auf dem Standpunkt, daß die Polizeibeamten in solcher Lage überhaupt kein Unrecht tun können. So weigerte er sich in einem an die verprügelten englischen und amerikanischen Journalisten gerichteten Schreiben, die schuldigen Schulleute zu bestrafen. Er spricht den Herren nur sein Bedauern über ihren Unfall aus nach einigen unzutreffenden Bemerkungen über das „Ordnungswidrige“ ihrer Teilnahme an „Zusammenrottungen“ — dabei hatte an dem Ort des Polizeiberfalls keine Zusammenrottung stattgefunden und zudem hatte ein Polizeioffizier den Journalisten diesen Platz angewiesen! — Der Herr Polizeipräsident rühmt die Kaltblütigkeit (!) seiner Beamten und meint, sie hätten in einem entschuldbaren Irrtum gehandelt. Er leugnet jede Schuld von vornherein ab; es möchte auch zu viel herauskommen, wenn man erst einmal etwas zugegeben hat. Nun sind die gleichen Brutalitäten, und noch viel schauerlichere, hundertfach gegen deutsche Bürger verübt worden, und so dürfte der Polizeipräsident wahrscheinlich auf einen Prozeß, der dieses Material vorzuführen gestattete, nicht sonderlich erpicht sein.

An Strafverfahren wird es ohnehin nicht fehlen. 77 Verhaftete zählt der Polizeibericht, die Zahl der Verwundeten ist nicht ermittelt. Dafür steht fest, daß zwei Tote zu verzeichnen sind. Die Polizei versuchte die Schuld an dem Tode des einen abzumägen; sie erklärte, daß der erlittene Schädelbruch von stumpfen Instrumenten herrühre, während die Polizei in den ersten Tagen, da die Geheimen noch nicht in Aktion traten, nur mit scharfer Waffe geschlagen habe. Inzwischen hat sich aber herausgestellt, daß verschiedentlich unter den Augen der Polizei Verhaftete den auf dem Kupferschen Kohlenhof befindlichen Streibrechern ausgeliefert wurden, und daß diese letzteren in wahrhaft bestialischer Weise auf die Wehrlosen einschlugen! Die Polizei hat bisher kein Sterbenswörtchen gegen die ungeheuer schwere Beschuldigung vorbringen können, daß sie solche Schandtaten geduldet hat!

Daß die Hausreißergarde der Firma Kupfer & Co. für solche Schinderknechtarbeit gut zu gebrauchen war, das geht aus den schamlosen Selbstbekenntnissen des Streibrecherkommandeurs Friedrich Hünje in der „Morgenpost“ hervor. Friedrich Hünje betreibt ein Unternehmen zur Vieferung von Streibrechern. Frech brüstet er sich, daß er und seine Spießgesellen „jeden Streil brechen“, daß sie allezeit dort zu haben sind, wo es gilt, der kämpfenden Arbeiterschaft in den Rücken zu fallen, ganz einerlei, um welche Arbeit es sich handelt, daß sie „Streils verhalten“, indem sie in dem betreffenden Betrieb Arbeit nehmen, die unsicheren Elemente gegen den Streil aufstacheln und die Fabrikleitung der Notwendigkeit überheben, den Vertrauensmann der Gewerkschaft zu maßregeln,

indem sie ihn durch Mißhandlungen aus dem Betrieb treiben.

Dieses Bekenntnis einer schönen Seele gipfelt nach einem räuberromantischen Hinweis auf die „Gefahren“ des sauberen Handwerkes in den Worten:

„... Aber det is sleich, wir machen det zum Amese-
mang. De Kerls kriegen nicht mehr bezahlt, als wie een je-
wöhnlicher Arbeiter bezahlt kriegen würde, aber die Gefahr, det
reißt se, un die Uffregung un det Wisfen dirsen und det
se unjestrast losshauen kennen, det de Feken fliegen,
det reißt se...“

Schon vor Jahren hat einmal ein Arbeitswilliger, pochend auf den Schuh, den ihm und seinesgleichen die Polizei und Gerichte gewähren, ausgerufen: „Wir Arbeitswilligen können einen totschlagen!“ Diese Überzeugung ist, wie man sieht, jetzt Allgemeingut des Gefindels geworden, das als Schmeißfliege am Leibe des Klassenbewußten Proletariats schmarozt. Und Unternehmertum und die Gewalten des Klassenstaats hegen und pflegen dieses Gefindel als „wertvollstes Element!“ Zu seinem Schutze reichen die bestehenden Geseze nicht aus, und wird ein ganzes Stadtviertel Berlins einer Schreckensherrschaft des Polizeifabels unterstellt. Seinet halben soll nach dem Willen der Scharfmacher den deutschen Arbeitern das Koalitionsrecht, das Versammlungsrecht, die Presse und womöglich auch das Wahlrecht geraubt werden.

Indes, die Herren Scharfmacher und die Junker, die ihnen beistehen, haben sich verrechnet. Die Moabiter Vorgänge und das Scharfmachergeschrei nach Ausnahmegefezen werden eine für die Herren unliebsame Wirkung haben. Sie werden die deutsche Arbeiterklasse zum energischsten Kampfe um ihre Rechte aufpeitschen. H. B.

Gewerkschaftliche Rundschau.

Die Moabiter Straßenkrawalle haben noch manche Episode gezeitigt, die bleibenden Wert für die Geschichte der Berliner Polizei haben wird. Die bürgerliche Presse half wacker mit, um durch sensationell aufgepuzte Schauerromän Stimmungen gegen die Ausständigen und die Arbeiterorganisationen zu machen. Zu diesem edlen Zwecke berichtete sie auch sehr unterhaltend von einem Angriff einer „Petroleuse“ auf die Polizei. Eine Frau sollte einen in ihre Wohnung eindringenden Polizisten dadurch beattentatet haben, daß sie die brennende Petroleumlampe nach ihm warf. Der „Sozialanzeiger“ ließ aus diesem „Wurf“ sogar noch einen Zimmerbrand entstehen. In Wahrheit hatte die Frau die brennende Lampe fallen lassen, als sie infolge der Aufregung und einer heftigen Auseinandersetzung mit dem Polizisten einen Ohnmachtsanfall erlitt. Ein mitternächtlicher Sturm auf die „Reformationskirche“ schrumpfte nach dem in diesem Falle gewiß einwandfreien Bekundungen eines Polizeioffiziers zu einigen Steinwürfen vom Janhagel zusammen, durch die Kirchenfensterscheiben zertrümmert wurden. Was hörte die staunende, schauernde Welt der „Gutgefünnten“ nicht noch. Fürchterliche Schilderungen von einem „Femgericht“, bei dem ein Arbeitswilliger im Hinterzimmer einer Gastwirtschaft den Schwur tun mußte, die Arbeit einzustellen; von wiederholtem Verprügeln des Arbeitswilligen durch sechs ihn eskortierende Streikende; von vertrauensvollen Wanderungen des Gemütsmenschen mit seinen Peinigern und so fort. All das trägt den Stempel der Unwahrheit so offen an der Stirn, daß eine Widerlegung Unfug wäre. Kurz, die liberale und sogenannte unparteiische Presse — die leider immer noch in Arbeiterheimen angetroffen wird — hat durch ihre Berichte die Arbeiter beschimpft und ihre Organisationen indirekt belämpft. Hoffentlich bleibt ihr das unvergessen. Die Scharfmacherpresse heßt ihrerseits offen und schamlos gegen die politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen. Sie schreit nach neuem Gesezeschutz für die Arbeitswilligen und verlangt nicht minder sehnüchlich ein Sozialistengesetz seligen Andenkens. Auch der „Zentralverband deutscher Industrieller“ tritt in dieser Situation auf den Plan, um womöglich im trüben zu fischen. Er hat für Ende des Monats eine Ausschuß- und Vorstandssitzung einberufen, die zu den großen Streiks der letzten Zeit Stellung nehmen soll. Wie diese ausfallen wird, läßt ein vom Zentralverband an seine Mitglieder versandtes Rundschreiben erkennen. In ihm wird davon geredet, daß bei den Unternehmerverbänden fortgesetzt Klagen einlaufen über Mißbräuche und Ausschreitungen der Streikposten. Die geltenden Geseze reichten nicht aus, um die Arbeitswilligen vor Drohungen, Ehrverletzungen und Körperlichem Zwange zu schützen. Das Direktorium habe daher auf Ansuchen der Mitglieder beschlossen, durch Antrag bei den Reichsbehörden zu verlangen, daß in den Entwurf zum neuen Strafgesetz Bestimmungen aufgenommen werden, welche geeignet

wären, dem Unwesen des Streikpostenstehens zu steuern. Die Mitglieder der Unternehmerverbände werden aufgefordert, Material zur Begründung dieser Forderung zusammenzubringen. Wenn dabei aller Zeitungsschwindel für bare Münze gelten soll, wird die Begründung gut aussehen. Unsere Arbeiterorganisationen sehen dem geschäftigen Treiben der Scharfmacher und ihrer Presselosale nicht müßig zu. Parteivorstand und Generalkommission der Gewerkschaften haben in einem gemeinsamen Aufruf die Arbeiterklasse zu Massenprotesten gegen den Anschlag der Reaktion aufgefordert. In einem gemeinsam herausgegebenen Flugblatt haben sie eine authentische Darstellung der Moabiter Vorgänge gegeben und den Plan der Scharfmacher enthüllt. Massenversammlungen müssen sich gegen die geplante neue Knebelung des Proletariats wenden. Die deutsche Arbeiterbewegung scheint schweren Zeiten entgegenzugehen. Die Zeichen mahnen, daß auch jede Arbeiterin ihre Pflicht tun muß! Starke politische und gewerkschaftliche Organisationen sind das Bollwerk, an dem sich die reaktionäre Sturmflut brechen wird!

Die angekündigte Massenaussperrung in der Metallindustrie ist unterblieben. Lange hat die Entscheidung hin und her geschwankt. Die Arbeiter waren schon auf einen Kampf größten Stils vorbereitet. Überall herrschte Kampfesbegeisterung, bekundete sich Opferwilligkeit. An anderer Stelle ist ausführlich über das Ergebnis der Verhandlungen zwischen den organisierten Arbeitern und dem organisierten Unternehmertum berichtet worden. Die bedeutsamste Errungenschaft ist, daß auch die Großkapitalisten der Metallindustrie ihren durchaus ablehnenden Standpunkt gegen die Gewerkschaften aufgeben und diese als gleichwertige Vertragsmacht anerkennen mußten.

Auch die angedrohte Aussperrung in der Lausitzer Textilindustrie, die etwa 25 000 Arbeiter und Arbeiterinnen auf Pflaster geworfen hätte, ist noch im letzten Augenblick abgewehrt worden. Den vogtländischen Stickern steht ein neuer Kampf bevor. Im vorigen Jahre erst wurde ein Tarif abgeschlossen, den die Unternehmer jetzt schon wieder kündigen, sicher in der Absicht, Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen durchzusetzen.

In der Schuhindustrie zu Pirmasens bereitet sich eine große Bewegung vor. Pirmasens ist bekanntlich ein großes Zentrum der Schuhfabrikation; in der Stadt allein werden darin rund 13 000 Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt. Die Arbeitsbedingungen sind dort immer etwas rückständige gewesen. Erst im Jahre 1903 wurde es durchgesetzt, daß der zehnstündige Arbeitstag den elfstündigen ablöste. Nach einer Statistik des Schuhmacherverbandes arbeiten 80 Prozent der Mitglieder weniger als zehn Stunden. Die Schuhmacher in Pirmasens verlangen nun, daß auch für sie fortan die neunstündige Arbeitszeit gelten soll.

Aus dem Buchbindergewerbe ist von einer Tarifbewegung in Hannover zu berichten. 1000 Arbeiter und Arbeiterinnen der Geschäftsbücherbranche streiken. In Hamburg sind 300 Cafékellner im Ausstand. Sie verlangen, daß Arbeitskräfte durch ihren Arbeitsnachweis vermittelt werden, während die Caféhausbesitzer ihre Kellner von den gewerkschaftlichen Stellenvermittlern beziehen wollen. — Im ganzen Bezirk Rheinland-Westfalen stehen die Brauereiarbeiter in einer Tarifbewegung, die einem für die Arbeiter befriedigenden Abschluß zuneigt. — Der Buchdruckerhilfsarbeiterverband schloß mit einer Kunstanstalt in Augsburg einen Tarifvertrag ab, der neben Ferienbewilligung und sonstigen Verbesserungen der Arbeitsverhältnisse dem Personal eine Lohnerhöhung von 8 Pf. pro Stunde brachte.

Der nächste Kongreß der Gewerkschaften Deutschlands findet 1911 in Dresden statt. Die Zeit der Tagung wird noch später bestimmt. Am 10. und 11. Oktober hat in Berlin eine Konferenz von Vertretern der Verbandsvorstände getagt und sich für die genannte Stadt als Kongreßort deshalb entschieden, weil dort im nächsten Jahre eine internationale Hygieneausstellung stattfindet, an der sich die Zentralverbände beteiligen. Mit dieser Veranstaltung soll eine Heimarbeitausstellung verbunden werden, für die gleichfalls die Teilnahme der Gewerkschaften beschlossen wurde. Ein Organisationskomitee, aus elf Vertretern der Berufsgruppen und zwei Vertretern der Generalkommission bestehend, wurde mit den vorbereitenden Arbeiten betraut. #

Aus der Textilarbeiterbewegung. Recht stürmische Tage brachte für die Niederlausitz eine Spinnereiarbeiterbewegung in Forst. Die Arbeiter der Forster Streichgarbspinnereien konnten bisher auch durch langjährige Agitation nicht für die Organisation gewonnen werden. Spinner, Anleger, Puher, Wolfer und Krempelerinnen gingen auf im Rummel der Vergnügungsvereine und glaubten auch ohne Organisation ihre Lohn- und Arbeitsbedingungen erträglich gestalten zu können. Durch verschiedene Un-

stände, die ein allzustarkes Angebot von Arbeitskräften für die Spinnereien verhinderten, was sich wiederum in der Entlohnung einzelner Schichten der Spinnereihilfsarbeiter bemerkbar machte, blieb diese Indifferenz für die Arbeiter zunächst gefahrlos. Die Ortsverwaltung zu Forst hatte deshalb das lebhafteste Interesse, durch friedliche Lohnbewegungen jenen nichtorganisierten Spinnereiarbeitern den Wert solidarischen Handelns zu demonstrieren. Es mußte ihnen das Bewußtsein beigebracht werden, daß neben anderen auch durch die Kampfbereitschaft der Organisation eine Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsbedingungen verhindert werde, und daß die schlechtbezahlten Puzer und Wolfer nur mit Hilfe der Organisation emporsteigen können. So wurden denn friedliche Lohnbewegungen eingeleitet und in einer ganzen Reihe Fabriken brachten sie den Arbeitern schöne Erfolge. Alle Instanzen waren sich klar, daß von Streik keine Rede sein könne. Waren doch von mehr als 2000 Spinnereiarbeitern Forst nur 250 organisiert. Die Zeiten sind vorüber, wo unorganisierte Arbeiter die Hauptträger der Streikbewegung waren, wo andere unorganisierte Arbeiter auf Sammellisten die Unterstützungsbeiträge im Augenblick der Not zeichneten. Heute sind die Klassen der organisierten Arbeiter die Grundlage für die Streiks. Aber die Anforderungen an die organisierten Arbeiter bezüglich regelmäßiger Beiträge usw. sind heute so groß und die Zahl der Lohnkämpfe in allen Berufen so gewachsen, daß nur in ganz besonders wichtigen Fällen allgemeine Sammlungen Aussicht auf Erfolg haben. Durch den Streik der Spinnereiarbeiter in einigen Betrieben Forst nahm die Bewegung eine für die Arbeiter ungünstige Wendung. Da die Unorganisierten — das sind auch solche, welche während der Bewegung eingetreten sind — in einigen Betrieben bei der Streikabstimmung den Ausschlag gaben, blieb nichts übrig, als die in Mitleidenschaft gezogenen Organisierten zu unterstützen und zu versuchen, diese Bewegung zu einem möglichst günstigen Ende zu bringen. Verhandlungen waren erfolglos, und schließlich beschloß die Organisation der Unternehmer die Aussperrung. Daß es den Unternehmern mit der Aussperrung ernst war, unterliegt keinem Zweifel. Ebenso mußte es für jeden einigermaßen gewerkschaftlich unterrichteten Arbeiter selbstverständlich sein, daß trotz der nicht ungünstigen Finanzlage des Verbandes dem mit der Aussperrung herbeigeführten großen Kampfe zunächst ausgewichen werden müsse. Die Organisation war mangelhaft. Von 11000 Forster Textilarbeitern sind 3000 organisiert. Die Konjunktur in der gesamten Wollbranche ist augenblicklich sehr schlecht. In Machen stehen 900 Stühle, in Cottbus 400. Viele Fabriken arbeiten mit verkürzter Arbeitszeit. Ferner findet gegenwärtig der Saisonwechsel statt. 10000 organisierte Arbeiter 6 bis 8 Wochen ohne Schaden auszusperrn, ist in solcher Zeit den Unternehmern nicht schwer. Man hat genügend Unorganisierte zur Hand und hat Aussicht, in 6 bis 8 Wochen vielleicht die Kraft des verhassten Verbandes zu erschöpfen. Unter solchen Umständen wäre es ein Verbrechen an der Arbeiterschaft, einen großen Kampf zu führen. Die streikenden Arbeiter haben denn auch schließlich die Wiederaufnahme der Arbeit beschloffen. Einige Zugeständnisse — Lohnerhöhung für Puzer, Spinner usw. — sind ihnen gemacht worden. Damit war die Sache erledigt. Die Bewegung führte in ihrem letzten Stadium zu recht unliebsamen Vorgängen. Es zeigte sich, daß es in der Lausitz noch recht viel in gewerkschaftlicher Praxis zu lernen gibt. Das gilt nicht nur für die Masse der Arbeiter, das gilt vor allen Dingen für führende Leute in Partei und Gewerkschaft. — Eine zweite Aussperrung drohte zu gleicher Zeit im niederrheinischen Stoffweberbezirk. Seit sechs Wochen streikten die Arbeiter einer Fabrik in Krefeld wegen Maßregelung eines Arbeiters. Der Streik wurde von den „Lokalisten“ geführt, der Deutsche Textilarbeiterverband war daran nicht beteiligt. Die niederrheinischen Unternehmer glauben mit Aussperrungen spielen zu können. Diese Taktik wird sich rächen. Viel mehr als der Streik für die Arbeiter ist die Aussperrung für die Unternehmer ein zweischneidiges Schwert. Wie jetzt die Metallindustriellen werden das auch die Textilindustriellen noch gewahr werden. Man darf auf den Ausgang in Krefeld gespannt sein. h. j.

Arbeiterinnenkonferenz des Textilarbeiterverbandes Gau Süd. Im März berief der Textilarbeiterverband Arbeiterinnenkonferenzen für ganz Deutschland ein. Der Zweck der Konferenzen war, Kolleginnen für die Organisationsarbeit zu gewinnen. In Stuttgart fand die Arbeiterinnenkonferenz für den Gau Süd statt. Frau Wagner-Hemnitz sprach über die elende Lage der Textilarbeiterinnen, Karl Hübsch-Berlin über die Rechtlosigkeit der Frauen in der Gesehgebung. Hierauf wurden von den Kolleginnen Situationsberichte erstattet. Diese zeigten, wie notwendig die Organisierung der Textilarbeiterinnen ist und daß jede einzelne Kollegin die Agitationsarbeit mit aller Energie aufnehmen muß. Ein großes Arbeitsfeld liegt hier

noch brach. In Stuttgart und Umgebung befinden sich sehr viele Trikotfabriken. Tausende von Arbeiterinnen strömen täglich den Fabriken zu. Ihre Lage ist eine schlechte. Die Not und das Elend, das wir bei unserer Hausagitation antrafen, legen davon Zeugnis ab. Die Ortsverwaltung Stuttgart-Cannstatt betreibt gegenwärtig eine rührige Hausagitation. Jeden Sonntag begibt sich die Agitationskommission auf die Arbeit. Unterzeichnete konnte bei 102 Besuchen 36 Aufnahmen in den Textilarbeiterverband machen. Leider fürchten noch immer viele Arbeiterinnen, wegen Zugehörigkeit zur Organisation entlassen zu werden. Anstatt angemessene Löhne zu zahlen, suchen die Arbeitgeber ihre Arbeiterinnen mit christlichen Blättern zu schützen. Im November werden sich die Kolleginnen wiederum zusammenfinden, um über ihre Agitationsarbeit zu berichten und zu beraten. Verlangen müssen wir auch, daß sich unsere Parteigenossen und Gewerkschaftsmitglieder mehr um die Beschlüsse der Arbeiterkongresse bekümmern, die sie verpflichten, ihre Frauen der Partei und den Gewerkschaften zuzuführen. Mit Opferwilligkeit, Mut und Ausdauer muß unsere Arbeit vorwärtsgehen. Darum, Kolleginnen, frisch ans Werk. Sophie Dühring, Stuttgart.

Genossenschaftliche Rundschau.

Im September hielt der Allgemeine Verband deutscher Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften seinen jährlichen Genossenschaftstag in Bad Nauheim ab. Seit sich im Jahre 1903 die moderne Konsumvereinsbewegung Deutschlands von diesem Verband abgesondert und eine eigene selbständige Organisation gegründet hat, ist dieser Allgemeine Genossenschaftstag ganz und gar eine Versammlung mehr oder weniger honorierter Kleinbürger geworden. Die böse Kritik der Sozialdemokraten stört nicht mehr, wie früher so oft, die Ruhe dieser Herren Delegierten, denen der Kongress in der Hauptsache nur die Erledigung einer notwendigen Formalität ist. Vielen von ihnen ist so ein Genossenschaftstag mehr Mittel zum Zweck einer billigen Badereise. Deshalb tagt der Allgemeine Verband sehr häufig in Badeorten.

Da dem Allgemeinen Verband auch noch ein Teil Konsumvereine angehört — es ist der rückständigste —, beschäftigte er sich auch mit einigen Fragen dieser Genossenschaften. Die Verhandlungen zeigten abermals, in welchem Geist man dort von Arbeitergenossenschaften spricht. Der Verbandsanwalt Professor Dr. Crüger-Charlottenburg hatte folgenden Antrag vorgelegt: „Der Allgemeine Genossenschaftstag hält an der Auffassung fest, daß es ausschließlich Aufgabe der Konsumvereine ist, die Mitglieder mit preiswerten und guten Lebensmitteln zu versorgen sowie durch strenge Aufrechterhaltung des Grundsatzes: Verkauf gegen bar, der Vorkauf wirtschaft entgegenzutreten, Ordnung und Sparsamkeit zu fördern. Dies schließt keineswegs aus, daß die Konsumvereine gemeinnützigen Bestrebungen ihre vollste Unterstützung zuteil werden lassen. Der Bildung von Rotfonds und Sterbekassen aber muß entschieden widerstritten werden. Die Mitglieder sind vielmehr über die Vorteile der Volksversicherung aufzuklären und zu deren Benutzung anzuregen.“ Die unterstrichenen Stellen dieses Antrages verraten die ganze alte kleinbürgerliche Rückständigkeit, wie sie von jeher im Allgemeinen Verband gegenüber den Arbeiterkonsumvereinen geherrscht hat. Für Crüger und Genossen sind diese Vereine nichts weiter als Sparbüchsen, „ausschließlich“ Warenvermittlungsanstalten. Höhere soziale Aufgaben und Ziele müßten um Gottes und der bürgerlichen Gesellschaft willen streng ferngehalten werden. Auf den Ton des Antrags war auch die kurze Debatte gestimmt. Ein Herr Oberrechnungsrat aus Karlsruhe, der es ja wissen muß, erklärte, daß die verdächtigen Rotfonds besonders „in den sozialistischen Konsumvereinen erstrebt“ werden, „um sie direkt oder indirekt für Parteizwecke dienstbar zu machen“. Und ein anderer wußte sogar einen konkreten derartigen Fall von einer Genossenschaftsbrauerei zu melden. Ein dritter, wahrscheinlich ist der Herr Versicherungsagent, empfahl aufs wärmste statt der Eigenversicherung die Stuttgarter Volksversicherung. Andere warnten freilich vor derartigen offenen Empfehlungen einzelner Firmen — wahrscheinlich aus Konkurrenzrücksichten. — So wird hier in Genossenschaftswesen gemacht! Der Antrag wurde nach diesen Geistesflügen selbstverständlich einstimmig angenommen. — Einen ganz ungewohnten Ton brachte Senator Ernst in seinem Vortrag über „Konsumvereine und Beamte“ in die Erörterungen. Er zog heftig gegen das rückständige Krämerium usw. vom Leder. Nach Berichten in der bürgerlichen Presse führte er unter anderem aus: „Mit seinem hohen Zwischenverdienst schädigt das Krämerium die Konsumenten doppelt. Verwunderlich ist, daß es immer noch zu nehmen kann. Aber es ist ja amüsanter, hinter dem Ladentisch zu stehen und mit den Kunden Diebstahlswürdigkeiten auszutauschen,

Reinigkeiten zu erzählen und weiter zu tragen, als in der Werkstatt oder im Kontor auszuhalten. Wer fängt denn immer wieder solche kleine Geschäfte an? Ausgediente Beamte, Hausdiener und arbeitsunlustige Arbeiter, bei denen dann alles auf Schwindel eingerichtet ist. Wir dagegen verfechten das Prinzip der Barzahlung und gerade durch die strenge Durchführung dieses Prinzips haben sich die Konsumvereine ein hohes Verdienst um die Sicherheit des Familienlebens erworben. Das sollten andere Leute auch wissen und die Konsumvereine nicht in ganz ungerechtfertigter Weise angreifen. Trotzdem macht man es heute den Beamten sehr schwer, den Konsumvereinen beizutreten, und vor allem verlangen die Organisationen der Kleinrämer, daß den Beamten der Beitritt zu den Konsumvereinen strikt verboten wird. Die persönliche und wirtschaftliche Freiheit der Beamten ist verfassungsmäßig gewährleistet, man darf ihnen daher nicht vorschreiben, einer bestimmten Organisation beizutreten. — Diese mehr temperamentvollen als logischen Bemerkungen schlugen wie eine Bombe ein. Es gab scharfen Widerspruch, und ein anderer Redner legte unter starkem Beifall „feierlichst Protest“ gegen diese „gehässige und verachtende Kritik“ ein, der sich auch der Verbandsanwalt angeschlossen. Diesen Ton, so hieß es, sei man auf den Genossenschaftstagen des Allgemeinen Verbandes nicht gewöhnt. Das stimmt. Die Krämer werden dort immer gestreichelt, das Lös schlagen ist nur auf die „sozialdemokratischen“ Konsumvereine erlaubt. — Kleinbürgerlich-kapitalistische Tendenz spricht auch aus einem Antrag des Verbandsanwaltes über die Baugenossenschaften. Dort heißt es: „Das Bestreben, den Mitgliedern billige Wohnungen zu bieten, darf die Baugenossenschaft nicht bestimmen, bei der Mietenakkumulation die notwendige Rentabilität außer Betracht zu lassen. Aus der Miete müssen die Betriebskosten, die allgemeinen Geschäftskosten, die Zinsen, die notwendigen Abschreibungen, eine angemessene Dotierung der Reserven und 4 Prozent Dividende für die Geschäftsguthaben aufgebracht werden. Sobald die Mieten hierfür nicht ausreichen, ist eine angemessene Steigerung der Mieten vorzunehmen. Wo sich in dem Statut oder den Geschäftsbedingungen die Bestimmung findet, daß die Mieten nicht steuerbar sind, ist dieselbe auf ordnungsmäßigen Wege zu beseitigen.“ Der Profit geht billigen Mieten vor! Genau so denken ja auch die Hausagrarien, die ihre Grundrenten sichergestellt wissen wollen. Wahrhaftig, die preussische Regierung wußte, warum sie Herrn Dr. Erliger den Professortitel verlieh.

Vor einiger Zeit hat das englische Handelsministerium eine Zusammenstellung der Ziffern über die Entwicklung der Einkaufs- und Produktionsgenossenschaften der Arbeiter in Großbritannien und Irland veröffentlicht. Im Jahre 1908 bestanden 1573 Produktions- und Einkaufsgenossenschaften, deren Mitgliedschaft (2446696) 9,6 Prozent der Zahl der Einwohner über 20 Jahre ausmachte. Ihr Kapital belief sich auf 1 129 356 000 Kronen (1 Krone = 85 Pf.), wovon 149 129 816 Kronen Anleihen waren. Der Gesamtumsatz aller Genossenschaften belief sich auf 8 000 087 728 Kronen und der Gewinn auf 280 155 128 Kronen oder 35,5 Prozent des Gesamtkapitals. Die Zahl der von den 1573 Genossenschaften direkt beschäftigten Personen belief sich auf 116 603. — Was zunächst die Produktion anlangt, so beteiligten sich daran im Jahre 1908 2 Großeinkaufs-, 947 Konsumgenossenschaften, 7 Kornmühlen und 140 andere Produktionsgenossenschaften: im ganzen 1096 Gesellschaften. Sie beschäftigen insgesamt 50 143 Arbeitskräfte, denen sie an Lohn 67 815 528 Kronen zahlten. An der Gesamtproduktionsziffer (319 020 482 Kronen) sind die reinen Produktionsgenossenschaften mit nur 77 600 056 Kronen beteiligt. Die Lebens- und Genussmittelbranchen nehmen den Löwenanteil (über 70 Prozent) der Produktion in Anspruch; dann folgen: die Bekleidungsindustrie (etwa 14 Prozent); Baufach, Steinbrüche, Holzindustrie; Eisen-, Kerzen- und Stärkefabrikation; Textilindustrie, Druckereien; Metallindustrie und kleinere Gewerbe. Gegen das Jahr 1907 weist die Produktion des Jahres 1908 eine Zunahme um 17,3 Prozent auf. Von den 50 143 in der Produktion beschäftigten Arbeiterkräften entfielen allein 24 906 auf die Bekleidungsbranche; in der Lebens- und Genussmittelindustrie wurden 12 777 Arbeitskräfte beschäftigt. 158 Genossenschaften zahlten ihren 14 684 Arbeitern einen Anteil am Reingewinn in der Höhe von 881 408 Kronen oder etwas über 56 Kronen das Jahr, was 4,4 Prozent der bezahlten Löhne ausmacht. Die zwei Großeinkaufsgenossenschaften sind Verbände der 1414 Konsumgenossenschaften. Von ihrem Kapital (217 177 416 Kronen) verwendeten sie über ein Drittel zur Produktion. Die Konsumgenossenschaften beschäftigten 60 804 Personen, 2 Prozent mehr als im Vorjahr. 199 dieser Genossenschaften gaben ihren 14 017 Angestellten einen Anteil am Jahresgewinn von 903 072 Kronen oder 5 Prozent der gezahlten Löhne. H. F.

Notizenteil.

Dienstbotenfrage.

Dienstboten-Bekreuzung. Die Magd, welche Magd bleiben muß, ist ihren bürgerlichen Oberen doch in etwas gleichgestellt, sie kann es zu einem Orden bringen. Wenigstens im Lande Baden, das in allem einen Kulturvorsprung auf Nasenlänge aufzuweisen haben soll, wie man oft rühmend hört. Wenn immer der 3. Dezember herantritt, an welchem die Altlandesmutter Luise ihren Geburtstag feiert, wird amtlich nach weiblichen Dienstboten gefahndet, die man nach der großen Erfindung jener fürsüßlichen Protektorin des badischen Frauenvereins beglücken kann mit — einem Ehrenkreuz. Um dieses Anhängsel zu „verdienen“, das sie unter der Schutzwaite einer Schachtel in ihrem Dachstodzimmer bis ans selige Sklavende aufbewahren mag, muß die Magd oder Köchin den unzweifelhaften Nachweis liefern, daß sie „mindestens fünfundzwanzig Jahre ununterbrochen in derselben Familie treu gedient hat“. Damit nicht genug, Dienstboten, auf welche diese Bedingung zutrifft, müssen etliche Zeit vor dem Jubeltag bei dem Ortsvorstand des Frauenvereins ihren Geburtschein und ein Zeugnis der Dienstherrschaft über das Wohlverhalten vorlegen; auch ist eine vom Pfarramt und vom Gemeinderat ausgefertigte Sittlichkeitsurkunde beizubringen, also ein geistlich und weltlich ausgestelltes Leumundzeugnis. Wenn das alles klappt, kann endlich die Magd oder Köchin das Kreuz auf sich nehmen und ein Hoch für die allergnädigste Landesmutter aushauchen. Sobald das Beharrungsvermögen einer weiblichen Bedienteten auf vierzig bis fünfzig Jahre sich ausgedehnt hat, berechtigt diese Sefthastigkeit zur Empfangnahme eines neuen Ehrenkreuzes. Das dritte Kreuz steckt man der prämierten Gebuld dann aufs Grab.

Dieses kindliche Spiel mit alten, armen Leuten muß amtlich als ein Mittel der bürgerlichen Sozialpolitik angesehen werden, wenn man nicht in die allerhöchste Ungnade bei der „allerhöchsten Frau“ fallen will, die im Lande Baden mit dieser Dienstbotenbekreuzung, mit der künstlichen Erhaltung der altfränkischen Spinnstuben und anderem ihrem landesmütterlichen Namen eine Unsterblichkeit sicherte. Vor fünfzig Jahren, als ihr Gemahl junger Regent in Baden war, wurden die Prämien für die Dienstbotentreue in barem Gelde ausbezahlt. Dafür konnte man sich damals noch ein schönes Kleid kaufen. So fand zum Beispiel am 18. Oktober 1860 in der badischen Ortenau ein landwirtschaftliches Fest statt. Im Programm waren Preisverteilungen für Viehzucht und Dienstboten vorgesehen. Für das liebe Vieh bewegten sich die einzelnen Geldpreise zwischen 5 und 11 Gulden. Die Bedingungen für die Menschenprämierung sollen im Wortlaut hier folgen: „Für die bravsten Dienstboten männlichen und weiblichen Geschlechts, die mindestens zehn Jahre lang treu und reblich bei einer Dienstherrschaft ausschließlich zur Landwirtschaft verwendet worden sind, sind acht Preise bestimmt, vier für männliche und vier für weibliche Dienstboten, nämlich je ein Preis von 5, 4, 3, 2 Gulden. Die Bewerbungen der Dienstboten sind mit Zeugnis des Pfarramts und Gemeinderats über das sittliche Betragen und die Dauer des Dienstes längstens bis zum 3. Oktober dieses Jahres bei der unterzeichneten Stelle einzusenden. Landwirtschaftliche Bezirksstelle Gengenbach.“

mg.

Sozialistische Frauenbewegung im Ausland.

I. K. Die erste Konferenz sozialistischer Frauen in Italien hat am 20. Oktober, am Vorabend des Kongresses der sozialistischen Partei, zu Rom getagt. Die Initiative zu ihr ist von der Frauengruppe der Mailänder Parteisektion ausgegangen. Sie berief alle sozialistischen Frauen, insbesondere auch alle organisierten Genossinnen zu dem Zwecke einer Vorberatung über die Frage der Agitations- und Organisationsarbeit unter dem weiblichen Proletariat zusammen, die bekanntlich zum erstenmal von einem italienischen sozialistischen Parteitag erörtert wird. Die vorberatende Konferenz sollte Stellung zur Resolution der Genossin Kulischoff nehmen, welche die Frage auf dem Parteitag behandelt; sie sollte außerdem den Genossinnen Wege zeigen, Anregungen geben, wie in der Partei und den Gewerkschaften eine erspriechliche Arbeit entfaltet werden kann. Als Punkte ihrer Beratungen waren vorgesehen: 1. Die gewerkschaftliche Organisation des Proletariats. 2. Die politische Agitation unter den Frauen. 3. Systematische Agitationsarbeit unter den Frauen mittels der politischen und gewerkschaftlichen Presse. 4. Gründung besonderer Bildungs- und Schulungsorganisationen für die Frauen in den verschiedenen Zentren der Arbeiterbewegung. Die Konferenz bedeutet den ersten Versuch, die sozialistischen Frauen Italiens zu einer Verständigung

über einheitliche Arbeit in der Partei und den Gewerkschaften zusammenzufassen. Sie ist als die erste praktische Frucht des Beschlusses der sozialistischen Partei zu begrüßen, auf ihrem diesjährigen Kongress die bedeutsame Aufgabe der Aufklärung und Organisierung des weiblichen Proletariats zu erörtern. Nach der wertvollen theoretischen und praktischen Arbeit, die Genossin Kulischoff in dieser Beziehung geleistet hat, hoffen wir, was wir wünschen: den besten Erfolg.

I. K. Die erste sozialistische Frauenzeitung in Serbien. In Belgrad, der Hauptstadt Serbiens, erscheint seit dem 1. Oktober die „Jednakost“, das heißt „Gleichheit“, als das Organ der sozialdemokratischen Frauen. Zweimal monatlich, am 1. und 15. jeden Monats, kommt eine Nummer heraus. In der vorliegenden ersten Nummer beleuchtet der Leitartikel „Ziel und Weg“ der sozialistischen Frauenbewegung. Ein weiterer Artikel handelt über „Die Frauen und das allgemeine Wahlrecht“. Ferner enthält die Zeitung die Rubriken: Aus dem Leben unserer Arbeiterinnen, Politik, Sozialpolitik, Wirtschaft und Literatur. Sie berichtet über die internationale sozialistische Frauenkonferenz zu Kopenhagen und teilt deren Beschlüsse mit. — Wir heißen unser serbisches Schwesterorgan auf das herzlichste willkommen. Es hat die ehrenvolle Mission, in jungem Boden, in den Balkanländern die Ideen der internationalen sozialistischen Frauenbewegung auszuführen.

Frauenbewegung.

Etwas von liberalen Frauen. Anders als sonst in Menschenlügen malt sich in diesem Kopf die Welt, ruft man unwillkürlich aus, wenn man die Ausführungen liest, die Fräulein Martha Zieh in Frankfurt gelegentlich der Tagung liberaler Frauen gemacht hat. Der Liberalismus hat schon so Erstaunliches geleistet, daß er sich eigentlich nicht mehr selbst übertreffen kann. Da müssen seine Frauen ein Übriges tun, dachte Fräulein Martha Zieh. Sie wirft die Frage auf: „Wie sollen wir uns bei den Wahlen verhalten?“ und antwortet: „Wir müssen fordern, daß bei Wahlauftrufen bestimmte Frauenforderungen normiert werden.“ Köstlich ist es nun, wie diese liberale Dame ihre bestimmt normierten Forderungen konsequent durchgeführt wissen will. Natürlich gilt die erste dem Frauenstimmrecht, so sollte man meinen. Ach nein! Fräulein Martha Zieh ist nämlich liberal, das will sagen, sie kann bald so, bald anders. Sie „kann und darf keinen Liberalismus stärken, der nicht den Frauen gerecht wird“, aber in demselben Atem sagt sie den Frauen, „daß es nicht klug und politisch sei, von jedem der von ihnen unterstützten Kandidaten zu fordern, daß er unter allen Umständen für das Frauenstimmrecht eintreten solle“. Das braucht er nur „gegebenenfalls“ zu tun.

Die liberalen Frauen müssen nach Fräulein Martha Zieh praktische Arbeit leisten, Geld und sonstige Hilfsmittel beschaffen, zur Zeit der Wahlen unendlich viel Kleinarbeit tun, um Geld zu sparen, wenn man es nicht hat, am Wahltag Schlepperdienste leisten, und überhaupt dem Liberalismus viele Stimmen zuführen. Aber wie, wenn die liberalen Kandidaten dann von oben herab fragen: wozu dies alles, was verlangt ihr dafür? Fräulein Zieh antwortet dann: wenn ich dich liebe, was geht es dich an! Ihr könnt euch ruhig „gegebenenfalls“ unserer schämen, uns verleugnen, uns lächerlich machen, wir sammeln feurige Kohlen auf euer Haupt und verlangen nur, daß ihr „gegebenenfalls“ für das Frauenstimmrecht eintretet, das heißt, wenn ihr glaubt, daß unsere Zeit gekommen ist.

Fräulein Martha Zieh muß noch viel patriotische Reden die zerklüfteten Berge des Liberalismus herabfließen lassen, wenn sie noch zu erleben hofft, daß auf diese Weise die Sache des Frauenstimmrechts um einen Schritt vorwärts marschiert. Und so konsequent wie sie sind noch mehr bürgerliche Frauen. Als zur letzten preussischen Landtagswahl in der Ortsgruppe Berlin des Verbands für Frauenstimmrecht der Antrag gestellt wurde, falls ein fortschrittlicher Kandidat keine Aussicht auf Erfolg habe, so sollten die gesammelten Gelder zur Unterstützung einer sozialdemokratischen Kandidatur verwendet werden, da gab es im Café Austria bei Torte und Schlagfahne fast eine Revolution. Neben Mitgliedern, die entschieden für den Antrag eintraten, erklärten eine ganze Anzahl Frauen, dann nicht mehr mitmachen zu können, aus dem Frauenstimmrechtsverband austreten zu müssen und dergleichen mehr. Und das an demselben Abend, an dem die Vorsitzende der Ortsgruppe Berlin, Frau Breitscheid, mitgeteilt hatte, daß von — ich entsinne mich der Zahl nur noch ungefähr — sieben oder acht fortschrittlichen Kandidaten nur einer oder zwei die Frage bejahend beantwortet hatten, ob sie „gegebenenfalls“ für das Frauenstimmrecht eintreten würden; die übrigen hatten eine ablehnende oder gar keine Antwort gegeben. Also nicht einmal „gegebenenfalls“

waren sie bereit, das Recht der Frauen zu verfechten. Das Frauenstimmrecht könnte an Parteilichkeit etwas einbüßen, wenn Arbeiterfäuste es erklämpfen würden! Deshalb verzichteten die meisten bürgerlichen Frauen solange darauf, bis etwa der philosophische Reichskanzler es ihnen eigenhändig präsentiert, oder bis hohe und allerhöchste Persönlichkeiten einsehen, daß die Frau ein eben solches Recht hat, politische Versammlungen zu besuchen, als am Kochtopf zu stehen. Die Damen mögen sich auf diese Hoffnungen verlassen, unentwegt weiter für den Liberalismus arbeiten und konsequent nach dem Beispiel von Fräulein Zieh bleiben. Sie werden das Frauenstimmrecht dann gewiß „gegebenenfalls“ bekommen. Hanna Harder.

Verschiedenes.

Der politische Frauenbad-Prozess, der beim vorjährigen badischen Landtagswahlkampf entstanden ist und unsere Offenburger Genossen Haberer und Ab. Geß vom damaligen „Volksblatt“ auf die Anklagebank brachte, ist nun vor dem Karlsruher Oberlandesgericht endgültig entschieden. Es bleibt bei den gegen beide Genossen ausgesprochenen Geldstrafen. In der Hauptsache ist jedoch der Verurteilte der Kläger, der Großherzogliche Eisenbahnbeamte M. Seubert in Gengenbach, ein dortiger Führer der Zentrums-Partei und neugewählter Landtagsabgeordneter. Wieviel wußte der Herr nicht im Wahlkampf von der freien Liebe und der minderwertigen Moral der Sozialdemokraten zu predigen! Und was hat der Prozess ergeben? Es bleibt durch alle drei Instanzen als erwiesen, daß dieser verheiratete Zentrumsmann im Sommer 1909 sich öfters angelegen sein ließ, am neuen städtischen Frauenbad in Gengenbach auf der Rückseite in gebückter Stellung und offenbar aus lästerner Neugier durch die Klüftchen des Bades den badenden Frauen zuzusehen. Diese Tatsache hatte Genosse Geß in satirischer Weise in einem Artikel „Der Sittenrichter von Nizza-Babylon“ im alten Bibelstil behandelt. Das Gericht erblickte in der Satire die Absicht der Beleidigung und kam trotz der erwiesenen Vorgänge zu einer Verurteilung. mg.

Zur Versendung liegen bereit:

Einbanddecken zur Gleichheit

Jahrgang 1909/1910

in einfacher, aber guter Ausstattung.

- Die Decke in 4° für das Hauptblatt und die Beilage für unsere Mütter und Hausfrauen.
- Die Decke in 8° für die Kinderbeilage.

Preis zusammen 1 Mark.

Bei Einzelbestellungen 30 Pfennig mehr für Porto.

Titelblatt und Inhaltsverzeichnis werden den Decken gratis beigegeben.

Es empfiehlt sich, die Bestellungen bald an den Verlag gelangen zu lassen. Die organisierten Genossinnen sollten dafür sorgen, daß die Neuvering in den weitesten Leserkreisen bekannt wird.

Auch Decken des Jahrgangs 1908/1909 sind noch vorrätig.

Stuttgart, Furtbach-Straße 12.

Expedition der Gleichheit.

Soeben ist erschienen:

Berichte an die Zweite Internationale Konferenz Sozialistischer Frauen

zu Kopenhagen am 26. und 27. August 1910

Herausgegeben von Klara Zetkin.

Preis 30 Pfennig.

Einzelreplare 10 Pfennig für Porto mehr.

Stuttgart, Furtbach-Straße 12.

Expedition der Gleichheit.

Verantwortlich für die Redaktion: Frau Klara Zetkin (Bundes), Wilhelmstraße, Post-Bezirk bei Stuttgart.

Druck und Verlag von Paul Singer in Stuttgart.